

PRESSEMAPPE

Leben im Krieg

Perspektiven
auf Hanau im
Zweiten Weltkrieg

01. MÄRZ – 28. JUNI 2020
HISTORISCHES MUSEUM HANAU
SCHLOSS PHILIPPSRUHE



STÄDTLICHE
PLATZBOGEN
MUSEEN



Stiftung der
Sparkasse Hanau

www.museen-hanau.de



Leben im Krieg – Perspektiven auf Hanau im Zweiten Weltkrieg

Ein Kooperationsprojekt mit dem Hanauer Geschichtsverein 1844 e.V.

PRESSEKONFERENZ

Am Dienstag, den 25. Februar 2020 um 14 Uhr

in der Galerie im Dachgeschoss

Historisches Museum Hanau Schloss Philippsruhe

Gesprächspartner

1. Claus Kaminsky, Oberbürgermeister der Stadt Hanau
2. Martin Hoppe, Fachbereichsleiter Kultur, Stadtidentität und Internationale Beziehungen
3. Dr. Victoria Asschenfeldt, Kuratorin, Museen der Stadt Hanau
4. Jens Arndt, Co-Kurator der Ausstellung
5. Dr. Alice Noll, Co-Kuratorin der Ausstellung
6. Alexandra Streubel, Ausstellungsdesign

Die Ausstellung nimmt den 75. Jahrestag der Zerstörung Hanaus am 19. März 1945 zum Anlass für eine interaktive Ausstellung. Dabei steht vor allem das Alltagsleben im Zweiten Weltkrieg im Mittelpunkt. Wer lebte unter welchen Bedingungen in Hanau? In einem Krieg, der intensiv vorbereitet wurde und immer umfassender in alle Bereiche des Lebens hineinwirkte. Durch einen bewussten erzählerischen Perspektivwechsel sollen die unterschiedlichen Aspekte des Lebens schlaglichtartig herausgearbeitet werden: Wie war die organisatorische Grundlage für einen Krieg in einer Stadt wie Hanau? Welche militärischen Ein- und Auswirkungen brachte der Krieg für die Stadt? Und wie konnte der Alltag von den Menschen in einem zunehmend allumfassenden Kriegsgeschehen gestaltet werden? Was sollten, wollten oder konnten die Menschen sehen, erleben oder wahrnehmen – wo ergeben sich gravierende Differenzen zwischen Propaganda und Lebenswirklichkeit?

Erstmals werden auch die erinnerungskulturellen Entwicklungen nach 1945 betrachtet und bis an die Jetztzeit herangeführt. So werden bereits im Vorfeld, aber auch während der Ausstellung weitere Perspektiven in die Präsentation eingewoben, sei es von Hanauer Schülerinnen und Schülern oder von Menschen aus den europäischen Partnerstädten.

Die Ausstellung umrahmt ein umfangreiches Vortrags- und Führungsprogramm.



EIN RUNDGANG DURCH DIE AUSSTELLUNG

VORRAUM

Ottmar Hörl: "Poisoned" (Giftzwerg), 2008
aus der Installation "Dance with the Devil", Gent
Kunststoff, je 41 x 17 x 19 cm

Unter dem Titel „Dance with the Devil“ entwickelte Ottmar Hörl eine Installation in Form einer „Persiflage auf das Herrenmenschentum der Nazis“. Die Aktion wurde erstmals 2008 auf Einladung zur internationalen Kunstmesse Lineart in Gent, Belgien präsentiert. Im Eingangsbereich bildeten etwa 700 serielle, monochrome Skulpturen eine Armee aus Gartenzwergen, die mit regungslosem Gesichtsausdruck den rechten Arm zum Hitlergruß heben. Damit gelingt es Hörl, Irritationen zu erzeugen und zugleich die Mechanismen und Manipulationsstrategien hierarchischer Herrschaftssysteme zu entlarven. Auf der Unterseite jeder einzelnen Figur ist die Bezeichnung „Poisoned“ (vergiftet) eingraviert. Wie Gift wirkt, können wir uns vorstellen. Ist die Substanz erst einmal in den Organismus eingedrungen, schreitet der Zersetzungsprozess voran und vernebelt allmählich das Bewusstsein. Wer die entsprechenden Kommunikationscodes, den Missbrauch von Gesten und Ritualen nicht durchschaut, begibt sich in Gefahr, vereinnahmt zu werden. Ottmar Hörls „Poisoned-Zwerg“ ist ein kommunikativer Impuls zum Diskurs. Er fordert uns heraus, Fragen über Wahrnehmung und Wirklichkeit zu stellen. Wie wir mit dieser – bis heute brandaktuellen – Anregung umgehen liegt letztlich an uns selbst.

„Wir sollten nicht die Augen verschließen, dass die faschistische, die diktatorische Konstante in einer Gesellschaft, das ‚Führer-Prinzip‘, das Streben, Menschen zu manipulieren oder Menschen zu diktieren, dass diese Idee latent gefährlich und in unserer Gesellschaft nach wie vor vorhanden ist. Die Menschheit hat erlebt, dass Personen wie Stalin, Mussolini, Hitler und Franco extreme Denk- und Handlungsformen entwickelt haben, die diese Welt fast an den Rand der totalen Zerstörung brachten.“ (Ottmar Hörl)

RAUM 1

Hanau um 1938

1938 war ein Wendejahr innerhalb der zwölf Jahre nationalsozialistischer Herrschaft. Spätestens mit Inkrafttreten des Vierjahresplans im Oktober 1936 wurden Wirtschaft und Gesellschaft gezielt auf einen künftigen Krieg vorbereitet. Nun zeigten sich erste konkrete Schritte im Rahmen der „Lebensraum“-Politik. Ein bevorstehender Krieg war mehr als nur eine Ahnung. Jeder konnte sehen und hören, worauf die nationalsozialistische Politik hinauslief. Anfang Februar wurde die militärische Führung ausgetauscht, umorganisiert und dem direkten Zugriff Hitlers unterstellt, um den Weg für eine aggressivere außenpolitische Strategie freizumachen. Die Soldaten mussten bereits seit 1934 ihren Treueeid auf den „Führer“ und nicht mehr auf den Staat leisten.

Unter diesen Voraussetzungen besetzten deutsche Truppen im März 1938 Österreich, was in der nationalsozialistischen Propaganda als „Wiedervereinigung“ gefeiert wurde. Im Herbst folgte die Besetzung des Sudetenlandes. Alles wurde trotz erheblicher internationaler Proteste wegen der Angst vor einem erneuten Krieg hingenommen und durch das Münchner Abkommen besiegelt.

Innenpolitisch wurde die Unterdrückung und Verfolgung der Menschen, die nicht Teil der sogenannten „Volksgemeinschaft“ waren, weiter verschärft. Insbesondere die Verfolgung und Entrechtung der



jüdischen Bevölkerung radikalisierte sich in dem gesteuerten Pogrom vom 9. November 1938. Jüdische Geschäfte, Einrichtungen und Synagogen wurden geplündert und zerstört.

In Hanau brannte die Synagoge in der Nordstraße, jüdische Geschäfte wurden demoliert. Die Aufrüstung zeigte sich in der ortsansässigen Industrie genauso wie in den wiederbesetzten und neubauten Kasernen und Straßen – und nicht zuletzt in der allgegenwärtigen Propaganda. Aber wie war es in Hanau 1938? Wer lebte und wer arbeitete hier? Wo und wie spielte sich das gesellschaftliche Leben ab? Wer führte die Verwaltung und organisierte das öffentliche und kontrollierte das private Leben?

Im Hanauer Adressbuch von 1938 liest sich die Selbstdarstellung der Stadt aus der Feder von Oberbürgermeister Dr. Friedrich Müller-Starke wie folgt: „Da, wo die uralte Heeres- und Handelsstraße aus dem Herzen Deutschlands den Gebirgswall verläßt und an den Mainstrom stößt, liegt die Stadt Hanau. Durch die Gunst ihrer Verkehrslage hat sie sich zum Vorort des östlichen Drittels der rhein-mainischen Tiefebene aufgeschwungen...als Industrie- und Handelsstadt, als ehemalige kurfürstliche Residenz, als Garnison- und Sportstadt.“

Diese Worte geben Einblick in das städtische Selbstverständnis, bieten Anhaltspunkte für das tägliche Leben in der Stadt und verdeutlichen zugleich die Bedeutung der Stadt in einem zukünftigen Krieg: eine alte Stadt mit Geschichte, verkehrsstrategisch gut gelegen, mit den Schwerpunkten auf Industrie, Militär und Sport.

Im Hanauer Adressbuch von 1938 lässt sich zwischen den propagandistischen Zeilen aber auch das finden, was Hanau ausmachte: seine Einwohner, seine Betriebe, seine Verbände und Vereine, seine Versorgungsanstalten und seine Verwaltung. Es ist allerdings auch erkennbar, dass die nationalsozialistische „Gleichschaltung“ in alle Bereiche des öffentlichen und in weite Teile des privaten Lebens eingedrungen war. Zu Beginn geschah dies durch eine Mischung aus bereitwilligem Entgegenkommen und massiver Gewalt. Im weiteren Verlauf wurde es getragen von einer breiten Anpassungsbereitschaft sowie einer engmaschigen Lenkung und Überwachung.

Verwaltung

Bereits im 25-Punkte-Programm der NSDAP von 1920 waren die grundsätzlichen Absichten der Partei niedergelegt. So verstand sich der Nationalsozialismus als alle Bereiche von Staat und Gesellschaft umgestaltende Bewegung. Zu deren wichtigsten Zielen gehörte, die offene, bürgerliche Gesellschaft zu beseitigen und durch eine rassistisch definierte „Volksgemeinschaft“ sowie eine nach dem „Führerprinzip“ strukturierte Diktatur als Einparteienstaat zu ersetzen. Hierfür galt es, die individuellen Bürgerrechte sowie die Gewaltenteilung zwischen Reich und Ländern, genauso wie jene zwischen Legislative, Exekutive und Judikative, zu beseitigen. Die Umsetzung dieser Vorhaben begann mit der Übertragung der Regierungsgewalt an die NSDAP im Frühjahr 1933 und war im ganzen Reich bis 1935 abgeschlossen. Der auf gesetzlichem Wege

vollzogene Umbau des Staates wurde dabei flankiert von Gewalt und Verfolgung politischer Gegner durch NS-Parteiorganisationen und konnte sich insgesamt auf eine breite Zustimmung zum „nationalen Aufbruch“ stützen.

Für die Stadt Hanau bildete die ab dem 1. Januar 1934 für Preußen eingeführte neue Gemeinde-Verfassung die neue Arbeitsgrundlage im nationalsozialistischen Staat. Die ab 1935 im ganzen Reich geltende Deutsche Gemeindeordnung vollzog die Abschaffung der Selbstverwaltung und baute die neuen Strukturen nach dem „Führerprinzip“ auf. Die zuvor gewählten Stadtvertreter wurden nun berufen.

An der Spitze von Stadt und Landkreis Hanau stand ab 1933 Friedrich Löser (1893-1973), seit 1930 NSDAP-Mitglied und seit 1932 Kreisleiter und Organisator der „nationalsozialistischen Revolution“ im Raum Hanau. Unter seiner Verantwortung wurden politische Gegner verfolgt sowie in





Konzentrationslager und Zuchthäuser verschleppt. Auf sein Betreiben hin wurde der SPD-Landrat Eugen Kaiser (1879-1945) entlassen und Löser folgte ihm auf dem Posten. Zugleich übernahm er das Amt als Polizeidirektor, als Leiter der Gestapo-Außenstelle Hanau sowie, nach der Entlassung Dr. Kurt Blaums (1884-1970), zunächst auch kommissarisch das Amt des Oberbürgermeisters. Diese Machtkonzentration in einer Hand war selbst für damalige Verhältnisse außergewöhnlich. Ihm zur Seite folgten 1934 Dr. Friedrich Müller-Starke (1877-1967) als neuer Oberbürgermeister, Dr. Herbert Müller-Bowe (1896-1979) als Bürgermeister und Stadtkämmerer und diesem 1937 Walter Junker (1905-1986) als Bürgermeister.

Neben den staatlichen Strukturen (Regierungspräsident/Kassel – Landrat und Oberbürgermeister/Hanau) gab es nun auch Parteistrukturen, die in alle Belange der Verwaltung verwoben waren. Hanau gehörte zum „Gau Hessen-Nassau“, dessen Gauleiter, Jakob Sprenger (1884-1945), in Frankfurt saß. Dieses nebeneinander von Staat und Partei war eines der wesentlichen Kennzeichen der nationalsozialistischen Diktatur. Es führte zu unklarer Kompetenzverteilung, beförderte die Konkurrenz untereinander, ermöglichte Willkür und befestigte zugleich das totalitäre, auf den einen Führer ausgerichtete System.

Neben dem Gleichschaltungsprozess im Staat wurden auch Wirtschaft und Gesellschaft der Organisationsstruktur der NSDAP untergeordnet. Die erzwungene, vielfach aber auch freiwillige Anpassung ermöglichte der Partei eine nahezu vollständige Kontrolle aller gesellschaftlichen Bereiche. Insbesondere da auch die öffentlichen Medien für die eigenen Zwecke instrumentalisiert werden konnten.

„Die Geschichte des ‚Dritten Reiches‘ ist notwendigerweise aber auch und vor allem eine Geschichte der Mehrheit, die sich (oft gegen besseres Wissen) bis zum bitteren Ende anpasste und mitlief. Voraussetzung für Widerstand ist das Bewusstsein für das Unrecht, für die Verbrechen, die im Namen von Ideologie und Staatsräson begangen werden. Dieses Bewusstsein fehlte weithin in der deutschen Bevölkerung, als Hitler mit ihrer Zustimmung, getragen von der Begeisterung zu vieler, die Macht ausübte. Dass die oppositionelle Minderheit dagegen keine Chance hatte – darin liegen Größe und Scheitern des deutschen Widerstands.“
(Wolfgang Benz, Im Widerstand, München 2018)

Der nationalsozialistische Unrechtsstaat basierte nicht nur auf der physischen Gewalt und Vernichtung von Menschenleben. Seine umfassende Wirkung konnte er nur durch seine Organisation und Struktur entfalten, die uns bis heute in zahllosen Dokumenten überliefert ist.

Wirtschaft

Die nationalsozialistische Umformung des Staates umfasste auch das gesamte Wirtschaftsleben. In der Forschung wird die Phase von 1933 bis 1936 daher auch als „Kriegswirtschaft im Frieden“ bezeichnet. Von 27,5 Milliarden RM zusätzlicher Mittel, die die nationalsozialistische Regierung in dieser Zeit in die Wirtschaft pumpte, dienten fast 21 Milliarden der Aufrüstung. Hinzu kamen weitere indirekte Rüstungsprojekte, etwa zur Verbesserung der Infrastruktur. Allein in den Autobahnbau flossen über 5 Milliarden RM.

Mit der erreichten Vollbeschäftigung sowie dem Vierjahresplan 1936 wurden die staatliche Kontrolle der Preise und des Arbeitsmarktes weiter gestrafft. Die Lenkung der Wirtschaft ging in die Phase einer Kriegs- und Eroberungswirtschaft über. Innerhalb von vier Jahren sollte die deutsche Armee „einsatzfähig“ sein, um die politisch-ideologischen Ziele, die eng mit der Wirtschaft verknüpft waren, zu erreichen. Der Ruf nach mehr „Lebensraum“ für die „deutsche Volksgemeinschaft“ bedeutete nichts anderes als die Eroberung fremder Länder, ihre wirtschaftliche Ausbeutung sowie die Ausbeutung und Ermordung der dortigen Bevölkerung.

Auch in Hanau befanden sich kriegswirtschaftlich wichtige Industriebetriebe, insbesondere in der Gummi-Herstellung. Die Dunlop AG war mit rund 3.000 Beschäftigten größter Arbeitgeber und





zweitgrößter deutscher Reifenhersteller. Aber auch die Gummischuh-Fabrik (Westheimer & Co.) im ehemaligen Kasernengelände im Lamboygebiet war in diesem Sektor tätig. Ein weiterer großer Arbeitgeber war 1938 mit 1.200 Beschäftigten Heraeus. Insgesamt wurden 1939 in Hanau bei Industrie, Handwerk und Verkehr in 2.286 Betrieben 23.691 Beschäftigte. Damit waren im Vergleich zu 1933 bei steigenden Betriebsgrößen rund 10.000 Menschen mehr in Arbeit.

Der Stadtkasse half neben diesem wirtschaftlichen Aufschwung das Gemeinde-Umschuldungsgesetz (1933/35), das kurz- und mittelfristige Verpflichtungen in langfristige verwandelte. So wurde es der Stadt möglich 1938 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Der vielpropagierte Aufschwung schien sich in der Stadt positiv auszuwirken, auch wenn er kriegswirtschaftlich verursacht war. Es gab immer weniger freies Bauland, die Zuteilung von Rohstoffen stellte zunehmende Probleme dar und die Vollbeschäftigung führte trotz gesetzlicher Regelungen gegen steigende Löhne zu inoffiziellen Lohnsteigerungen und Nebenabsprachen, um qualifizierte Arbeitskräfte zu halten. Die Aufrüstung schuf Arbeitsplätze, vor allem sicherte sie hohe Gewinne, schränkte jedoch die Konsumgüterproduktion für die Bevölkerung ein.

Die Hanauer Gummischuhfabrik (Westheimer & Co.) wurde am 1. Juli 1925 in Hanau gegründet. Das Unternehmen war in den 1930er Jahren nach Dunlop der zweitgrößte Industriebetrieb in der Stadt. Hier wurden Gummischuhwaren aller Art hergestellt, zum Beispiel Sportschuhe mit anvulkanisierter Gummisohle, Überschuhe, Stiefel oder Berufsschuhe mit Gummisohlen. Das Unternehmen wurde am 28. März 1938 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Es bestand bis nach 1945.

Militär

Hanau war seit dem Ende des 19. Jahrhunderts Garnisonsstadt. Der Anblick von Soldaten war für viele Menschen in der Stadt nichts außergewöhnliches, zumal der letzte Krieg noch nicht allzu lange vorbei war. Die ab 1937 vorgenommene Einquartierung in den bestehenden und ab 1938 in neu errichteten Kasernen bedeutete zunächst vor allem eine Erhöhung der Einwohnerzahl

durch Soldaten, die sich auch im Stadtbild und in den Geschäften zeigte. Seit 1935 betrieb das nationalsozialistische Regime gegen die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages den Ausbau der Armee. So wurde im selben Jahr die Luftwaffe gegründet, die allgemeine Wehrpflicht wiedereingeführt, die Reichswehr in Wehrmacht umbenannt und ein Luftschutzgesetz für das Reich erlassen.

Neben zahlreichen Paraden und Aufmärschen war der Luftschutz die erste direkte Einbeziehung der Bevölkerung in die allgemeinen Kriegsvorbereitungen. Insbesondere in den europäischen Ländern war es in der Mitte der 1930er-Jahre Konsens, dass ein nächster Krieg massiv über den Luftraum ausgetragen würde. So erhielt Italien bereits 1932 ein Luftschutzgesetz, das britische Innenministerium richtete 1935 eine Luftschutzabteilung ein, der 1937 ein umfassendes Luftschutzgesetz folgte, und auch andere europäische Länder wie Frankreich oder Ungarn erließen entsprechende Regelungen.

In Hanau wurde am 16. Mai 1935 die erste Verdunkelungsübung durchgeführt, am 24. November des Jahres die erste Fliegeralarmübung und am 23. Februar sowie 12. November des Folgejahres jeweils eine „Große Verdunkelungsübung“. Neben Luftschutzschulungen, der Räumung von Dachböden oder der Einrichtung von Luftschutzkellern wurde eine engmaschige örtliche Organisation unter Führung des Reichsluftschutzbundes aufgebaut. Die Luftschutzwarte nahmen dabei zugleich das Parteiamt des Blockwartes wahr, so dass mit dem Aufbau der städtischen „Luftschutzgemeinschaft“ für den Kriegsfall ein kleinteiliges Überwachungssystem geschaffen wurde.

Einen ersten Eindruck von dem, was ein zukünftiger Bombenkrieg für die Städte der kriegführenden Parteien bedeuten würde, bot die Bombardierung Guernicas, einer kleinen Stadt in Spanien. Am 26. April 1937 warfen deutsche Kampfverbände der Legion Condor in etwa drei Stunden rund 40 Tonnen Bomben über der Stadt ab und unterstützten so die Putschisten unter General Franco. Sie verursachten einen





Feuersturm, bei dem mehr als 260 Tote und mehrere hundert Verletzte zurückblieben. Rund 80% der Stadt wurden zerstört. Auch wenn von deutscher Seite offiziell eine Beteiligung bestritten wurde, wurde der Angriff doch öffentlich wahrgenommen.

Versorgung

Der wirtschaftliche Aufschwung ab 1933 ist auf zwei Dinge zurückzuführen: Erstens wäre es auch ohne den Regimewechsel zu einem wirtschaftlichen Aufschwung gekommen; darauf deuten alle verfügbaren Wirtschaftsdaten der Zeit hin. Zweitens unterstützte die nationalsozialistische Aufrüstungspolitik in Kombination mit eigenen großen infrastrukturellen Maßnahmen die aufschwingende Konjunktur, so dass in der nationalsozialistischen Lesart vor allem die eigenen Maßnahmen als Erfolg kommuniziert und von der Mehrheit auch wahrgenommen wurden.

Die bis 1936 erreichte Vollbeschäftigung wurde flankiert mit dem Versprechen eines wachsenden Wohlstands und der Produktion erschwinglicher Konsumgüter. Viele dieser Versprechen konnten mit der Konzentration auf die Rüstung ab 1936 jedoch nicht mehr eingelöst werden. Sie blieben leere Versprechungen, für die die Menschen zwar gespart hatten, aber im Gegenzug keine Waren erhielten, wie etwa beim viel propagierten „Volkswagen“. Einzig bei der Versorgung der Bevölkerung mit erschwinglichen „Volksempfängern“ gelang dies in Ansätzen, zumindest in der Anfangszeit. Zumal die Ausstattung der Haushalte mit Radiogeräten auch einen propagandistischen Zusatznutzen versprach. Dennoch sind die Kampagnen für Volksprodukte in ihrer herrschaftsstabilisierenden Wirkung nicht zu unterschätzen. Sie waren weit mehr als Propaganda, sondern schworen die Menschen auf einen „notwendigen Kampf“ ein, der sein müsse, um den Verheißungen des zukünftigen Konsums näher zu kommen.

Neben der Konzentration auf die Rüstungsproduktion war eines der wichtigsten propagierten Ziele der nationalsozialistischen Politik die Autarkie, die gänzliche Selbstversorgung, zumindest mit den wichtigsten Lebensmitteln des täglichen Bedarfs. Dass dies nur schwer aus dem eigenen Land zu bewerkstelligen sein würde, war klar, weshalb die Eroberung neuen „Lebensraums“ ein zentrales Element für das Gelingen der Gesamtstrategie darstellte. Auch in dieser Hinsicht stand vor der Erreichung des angestrebten Ziels der „Kampf“.

Für diesen Kampf war die Aufrechterhaltung der Versorgung eines der Schlüsselthemen. Dies resultierte aus den Erfahrungen der Verantwortlichen, die die schlechte Ernährungslage während des Ersten Weltkriegs selbst miterlebt hatten. Allein im Deutschen Reich starben zwischen 1914 und 1918 rund 800.000 Menschen an Unterernährung. Der Zusammenbruch der Heimatfront wurde aus nationalsozialistischer Sicht zu einem großen Teil auf dieses Problem zurückgeführt. Ein Kernthema der nationalsozialistischen Politik bis 1945 war daher die Aufrechterhaltung der Versorgung und die intensive Beobachtung und Beeinflussung der öffentlichen Meinung zu diesem Thema. Dass die Versorgung bis zum Kriegsende nicht zusammenbrach, ist auf diese Zusammenhänge zurückzuführen.

Als es 1935 dennoch offensichtlich zu Versorgungsengpässen kam, musste etwa die Butter im November rationiert werden. Der Unmut unter den Menschen wuchs erkennbar und so wurde die Formel „Kanonen statt Butter“ geprägt. Sie sollte die Bevölkerung auf die notwendigen Entbehrenungen und den Kampf einschwören, der für die Erfüllung der Konsumwünsche ausgetragen werden müsse.

Eine wichtige Rolle innerhalb dieser Politik nahm dabei die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) ein. Sie war nicht nur für die Durchführung sogenannter „Eintopfsonntage“ während des Winterhilfswerks zwischen Oktober und März zuständig. Sie koordinierte auch die häufig stattfindenden Sammel-Aktionen und sorgte so für eine Umverteilung von Gütern. Durch die Einbeziehung möglichst vieler Menschen wurde die NSV zu einem wichtigen Träger der propagierten „Volksgemeinschaft“. Sie stand für die Solidarität innerhalb der „Volksgemeinschaft“ und für einen „Sozialismus der Tat“. Zugleich





lässt sich an keiner anderen Parteiorganisation so gut aufzeigen, dass die Formung und Propagierung der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ auf einem auf rassistischen Grundsätzen basierenden Inklusions- und Exklusionsprinzip beruhte. Dies zeigt sich etwa in einem Bericht des NSV-Kreisleiters aus Hanau, Hilgenfeldt, der 1935 als obersten Grundsatz der eigenen Arbeit formuliert:

„Gesundes gesund zu erhalten und Nutzniesser des Gemeinschaftsgedankens rücksichtslos auszumerzen. Es darf niemals nach Zweckmäßigkeitgründen gearbeitet oder billige Kompromisse geschlossen werden, sondern einzig und allein wird, soweit es irgend menschenmöglich ist, versucht, die sozialistischen Gedankengänge der Bewegung in ihren letzten Auswirkungen durchzuführen.“

Vereine

Eine wichtige Säule des gesellschaftlichen Lebens in den deutschen Ländern bildete seit dem 19. Jahrhundert das Vereinswesen. Mit der Machtübertragung an die NSDAP wurden auch alle oppositionellen, insbesondere die Arbeitersportverbände, verboten. Zahlreiche Verbände kamen dem Verbot durch Selbstauflösung zuvor. Alle übrigen Verbände bestanden bis 1934 weiter, viele übernahmen den „Arierparagraphen“ bereits in vorseilendem Gehorsam in ihre Satzungen, alle wurden in die nationalsozialistische Einheitsorganisation des Deutschen Reichsbunds für Leibesübungen (DRL) eingegliedert. Im Adressbuch der Stadt Hanau von 1938 finden sich unter dieser Rubrik 40 Vereine. Darunter vier Turnvereine, ein Militär- und ein Polizeisportverein, vier Fußballclubs, zwei Ruderclubs, ein Kanu- und ein Paddlerverein, ein Tennis- und Hockeyclub, ein Sportclub, neun Schützenvereine, ein Billardclub, ein Eislauf- und Rollschuhverein, des weiteren Radfahrer-, Wander-, Kegel- und andere Vereine.

Unter all diesen Vereinen befanden sich einer der ältesten deutschen Turnvereine sowie der älteste hessische Fußballclub. Zahlreiche Vereine brachten regional und sogar national erfolgreiche Sportler und Sportlerinnen hervor. So ist die Einschätzung des Oberbürgermeisters Dr. Müller-Starke in der Einleitung zum Adressbuch von 1938, dass Hanau eine „Sportstadt“ sei, nicht ohne Fundament. Die Menschen der Stadt und wahrscheinlich auch des Landkreises verbrachten einen guten Teil ihrer Zeit im Rahmen ihrer Vereine, ihrer sportlichen Freizeitaktivitäten. Leider existieren bislang nur einige Festschriften über die Hanauer Sportvereine, die meist nur sehr wenig über diese Zeit beinhalten. So lassen sich die alltäglichen Bedingungen und Entwicklungen auf Vereinsebene nur schwer einordnen. Sicher ist wohl, dass mit Kriegsbeginn in allen Vereinen zunehmend die aktiven Männer durch Einberufung fehlten. Umso wichtiger scheinen deshalb die Aufrechterhaltung des Spielbetriebs und die Pflege der Gemeinschaft bei den zurückbleibenden Frauen, Kindern und Jugendlichen gewesen zu sein. Darauf deuten unter anderem die bis weit ins Jahr 1944 aufrechterhaltenen Wettkämpfe hin. Der Sportverein konnte in gewohnten Strukturen und persönlichen Beziehungen eine Flucht aus dem Kriegsalltag bieten, auf die selbst auf Heimaturlaub kommende Soldaten gern zurückgriffen.

Durch die Gleichschaltung der Verbände und Vereine wurden die historisch gewachsenen Verbandsgebiete den politischen Gliederungen angepasst. In vielen Sportbereichen wurden dadurch wohl lediglich bereits zuvor bestehende Überlegungen und Planungen umgesetzt. Im Fußball beispielsweise kam es zur Einrichtung von Gauligen. Hanau zählte dabei zur Gauliga Hessen. Hier konnten sich phasenweise gleich drei Hanauer Mannschaften behaupten. Der traditionsreiche und hessische Rekordmeister 1. FC Hanau 93, der TSV Hanau 1869 sowie der noch junge, durch die nationalsozialistische Förderung des Betriebssports im Rahmen der DAF erstarkte Dunlop SV Hanau.

Ab Dezember 1938 wurde der DRL in den Nationalsozialistischen Reichsbund für Leibesübungen (NSRL) umbenannt und der NSDAP unterstellt. Trotz der Vereinnahmung in die Parteistrukturen blieb der Sport eine vermeintlich politisch neutrale Sphäre, die aufregende Erlebnisse und Flucht aus dem Alltag



ermöglichte und so eine wichtige Funktion für die totalitäre Diktatur erfüllte. Im Krieg konnten Soldaten und Zivilisten genauso von der Aufrechterhaltung des Spielbetriebs profitieren wie das Regime.

RAUM 2

Die Eskalation des Bombenkriegs

Die Bezeichnung des „strategischen Bombardierens“ stammt bereits aus dem Ersten Weltkrieg. Sie umschreibt die Absicht, unabhängig von Heer und Marine, mehr oder weniger eingrenzbare Luftangriffe auf militärisch oder volkswirtschaftlich wichtige Ziele auszuführen. Sie dienten vor allem als Unterstützungsangriffe für die Bodentruppen. Die Bombardierung von Zivilisten war von militärischer Seite in dieser Anfangszeit noch nicht vorgesehen und widersprach den militärischen Grundsätzen. Die bedeutendste Initiative für eine verbindliche Regelung von Bombardierungen aus der Luft bildete die Genfer Abrüstungskonferenz im Februar 1932. Der dort vorgeschlagene „Tardieu-Plan“ enthielt drei Punkte, die alle größeren Staaten prüfen sollten: 1. Eine europäische zivile Luftfahrttransportunion, 2. die Abschaffung sämtlicher Bombenflugzeuge und 3. eine „organische internationale Luftwaffe“ unter dem Befehl des Völkerbundes. Ein Abkommen kam nicht zustande. Die Gewissheit, dass ein zukünftiger Krieg mit Sicherheit auch durch massive Bombardierung aus der Luft geführt würde, war groß.

Mit dem deutschen Überfall auf Polen und der Kriegserklärung Großbritanniens und Frankreichs im September 1939 begannen noch keine großangelegten Luftangriffe beider Seiten. Zunächst warfen britische Flugzeuge Flugblätter ab, erst ab 1940 kam es zu vereinzelt Luftangriffen. Erst mit der massiven deutschen Bombardierung Rotterdams im Mai 1940 und dem Amtsantritt Churchills im Mai wurde das Bombardieren strategischer Ziele im deutschen Hinterland freigegeben. Auch Hanau war Ende Juni erstmals befohlenes Ziel, die ersten Bomben fielen im Stadtgebiet jedoch ein Jahr später am 10. Mai 1941. Dies hatte mehrere Ursachen. Zum einen war die deutsche Luftabwehr gut aufgestellt, so dass die Angriffe am Tage sehr gefährlich und verlustreich waren. Die britische Royal Air Force (RAF) stellte daher auf Nachtangriffe um. Zum anderen war die Navigation im Dunkeln und bei schlechtem Wetter sehr schwer, da die Piloten „auf Sicht“ flogen und ihre geplanten Ziele nicht immer lokalisieren konnten. Das „strategische Bombardieren“ war daher nur bedingt gezielt einsetzbar.

Auch die deutschen Luftangriffe auf London waren zunächst als strategische Vorbereitung einer späteren Invasion begonnen worden. Mit dem „Blitz“, so die englische Bezeichnung für die deutschen Bombenangriffe auf englische Städte von August 1940 bis Juni 1941, veränderte sich der Luftkrieg jedoch. Er wurde zu einer moralischen Offensive, die die britische Kriegswilligkeit und Kriegsfähigkeit grundsätzlich treffen sollte, unabhängig von Bodentruppen. Den Beginn der „moralischen Bombardierung“ von britischer Seite stellte die fast vollständige Zerstörung Lübecks durch ein Flächenbombardement im März 1942 dar. Sie basierte auf der im Februar des Jahres beschlossenen „Area Bombing Directive“.

So wandelten sich die Luftangriffe im Laufe des Krieges auf allen Seiten mehr und mehr zu „politischen Bombardierungen“. Sie dienten weniger der Unterstützung des allgemeinen Kriegsgeschehens oder der Bodentruppen, sondern zielten darauf, die Ressourcen und die Willenskraft der Bevölkerung zu schwächen. Keine Teilstreitmacht konnte ihre Wirkung über

große Distanzen entfalten, weshalb der Bomber zur wichtigsten Waffe des so bezeichneten „totalen Krieges“ wurde. Dass der moderne, industrialisierte Krieg zwischen ganzen Gesellschaften auszutragen



sei, wobei jede für sich die Energie und die Willenskraft der Bevölkerung für den Kampf, die Bewaffnung und die Versorgung der Massenheere mobilisieren müsse, war die feste Überzeugung der Generation, die nach dem Ersten Weltkrieg aufwuchs.

Obwohl während des Krieges schon durch Beobachtungen deutlich wurde, dass die Bombardierung der Städte keinen Einfluss auf die Moral und Kriegsbereitschaft des Gegners hatte, setzten alle Seiten die Angriffe fort und weiteten sie sogar aus. Die Erkenntnis, dass die Absicht der Demoralisierung nicht wirkte, wurde politisch und propagandistisch ignoriert. Die großflächigen Bombardierungen von Städten begründete man weiter damit, dass sie maßgeblich das Ende des Krieges mit herbeiführen würden. So wurde eine Bombardierung mit einer weiteren beantwortet – rhetorisch sprachen beide Seiten nur noch von „Vergeltung“ und „Rache“. Die Operationen erhielten biblische Namen wie „Gomorrha“ und die negative Logik des „Auge um Auge“ wurde zum Prinzip der politischen Kriegführung. Sie gipfelte in der Entscheidung, im August 1945 Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki abzuwerfen.

Für die Bevölkerung in Italien, der Sowjetunion, England, Deutschland, Frankreich oder Polen spielte die militärstrategische Unterscheidung der Luftangriffe in „strategisch“ oder „politisch“ bzw. „moralisch“ keine Rolle – die verheerende Wirkung am Boden blieb stets die gleiche: Eine große Zahl von Toten und Schwerverletzten, großflächige Zerstörungen von Stadt und Land, der Ausfall wichtiger Versorgungseinrichtungen und die willkürliche Vernichtung von Kulturschätzen – auf der ganzen Welt.

Die Luftangriffe auf Hanau

Hanau wurde bis Ende 1944 nur sporadisch zum Ziel alliierter Luftangriffe. Andere größere Städte im Umland wurden bereits zuvor großflächig zerstört.

Die ersten Bomben fielen in der näheren Umgebung in der Nacht zum 11. August 1940 auf das rund sieben Kilometer nördlich gelegene Bruchköbel. Im Mai 1941 kam es zu mehreren Angriffen in der näheren Umgebung und schließlich in der Nacht zum 11. Mai 1941 erstmals auch zu ersten Bombentreffern im Hanauer Stadtgebiet. Es folgten weitere Luftangriffe am 24. Juli 1941 und in der Nacht zum 3. April 1942. Diese Angriffe richteten vergleichsweise geringe Zerstörungen an.

Im weiteren Verlauf galt Hanau zwar als „luftgefährdet“, aber es erfolgten keine weiteren Angriffe. Im Herbst 1943 kam es zu massiven Luftangriffen auf Frankfurt am Main, Offenbach und Darmstadt. Ende November 1943 und im Februar 1944 gab es weitere Bombardierungen im näheren Umland von Hanau, die aber das Stadtgebiet nur bedingt trafen.

Erst im fünften Kriegsjahr, am 25. September 1944, erreichte mit einem Tagangriff der amerikanischen Luftwaffe (U.S.-Army Air Force) die massive Bombardierung auch das Stadtgebiet. Bei diesem ersten großen Angriff auf die Stadt starben 88 Menschen. Im November und Dezember flog die US-Luftwaffe weitere drei Tagangriffe, die britische Royal Air Force (RAF) zwei Nachtangriffe, die sich hauptsächlich auf Industrie und Infrastruktur richteten, aber dennoch Menschenleben kosteten. Darunter vor allem zahlreiche Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die in der Industrie eingesetzt waren und keine ausreichenden Schutzräume zur Verfügung gestellt bekamen.

Der erste entscheidende Großangriff auf das Stadtgebiet mit vielen Todesopfern erfolgte am Abend des 6. Januar 1945. Fast zwei Dutzend Luftminen, etwa 5.000 Spreng- und 3.000 Flüssigkeitsbrandbomben sowie ungezählte Stabbrandbomben trafen die Stadt. Es starben 90 Menschen.



In den frühen Morgenstunden des 19. März 1945 entluden mehr als 200 Lancaster-Bomber etwa 525 Tonnen Sprengbomben und mehr als 650 Tonnen Brandbomben direkt über der Innenstadt. Bei der Bombardierung und dem anschließenden Feuersturm kamen mehr als 2.000 Menschen ums Leben. Der Stadtkern wurde zu 90 Prozent zerstört. Keine andere Stadt in Hessen wurde so stark zerstört wie die Innenstadt Hanaus.

Luftaufklärung, Flak und Nachrichtenübermittlung

Eines der ersten bekannten Luftbilder zu Hanau im Zweiten Weltkrieg ist die Aufnahme vom 17. April 1942 der Royal Air Force (RAF). Die Aufklärungsmaschine flog wenige Tage nach einem Angriff über die Stadt. Die Aufnahme zeigt vor allem das Kernstadtgebiet ohne die Industriebereiche Hafen, Hauptbahnhof und Dunlop. Auch die Kasernen im Lamboy sind nicht darauf zu sehen. Im weiteren Kriegsverlauf entstanden zahlreiche weitere Bilder zur Luftaufklärung durch die Alliierten.

Nachdem die deutsche Luftabwehr durch den Mehrfrontenkrieg an Kapazität für die Luftverteidigung verlor, waren die deutschen Städte außer vorhandener Flak-Stellungen und weniger Abfangjäger zunehmend schlechter gegen Luftangriffe geschützt. In Hanau befanden sich Flak-Stellungen an der Steinheimer Brücke, am Bahndamm, an der Kinzig, am Kinzigheimer Weg, in Bruchköbel und in Klein-Auheim. Große Scheinwerferbatterien zur Sichtung feindlicher Flugzeuge in der Nacht gab es in Hanau nicht. Bei der Flak waren sowjetische Zwangsarbeiter eingesetzt. Die HJ wurde mit den älteren Jahrgängen als Luftwaffenhelfer in Flak-Stellungen auch außerhalb von Hanau eingesetzt. Anfangs fand dort sogar noch Unterricht statt. Insgesamt verfügte Hanau aufgrund seiner Größe über keine umfangreiche Luftabwehr und musste auf die Stellungen rund um und in Frankfurt ihre Hoffnungen setzen.

So konnten die alliierten Flugzeuge spätestens ab Mitte 1943 relativ ungehindert über Deutschland fliegen. Nicht nur um ihre Angriffe auszuführen, sondern auch um die Zielgebiete zu analysieren. Dies fand nicht nur als Vorbereitung der Angriffe statt, sondern auch im Nachhinein, um die Zielgenauigkeit und die Menge der abgeworfenen Kampfmittel zu kontrollieren und für weitere Angriffe nachzusteuern.

Fliegermorde in Hanau

Schon während des Krieges wurde deutlich, dass die alliierten Flächenbombardierungen deutscher Städte nicht den gewünschten Erfolg zeigten. Sie vermochten weder den Durchhaltewillen der Bevölkerung, noch die Stützung des Regimes entscheidend zu brechen. Propagandistisch wurden die Angriffe von deutscher Seite als „Terrorangriffe“ gebrandmarkt. Ein Begriff, der sich bis heute im Sprachgebrauch und im Bewusstsein der Menschen gehalten hat. Auch wenn die Propaganda insgesamt bemüht war, den Hass auf die feindlichen Nationen anzufachen, so zeigen die Stimmungs- und Lageberichte, dass dies nur bedingt von Erfolg war. Um jedoch von den eigenen militärischen Misserfolgen abzulenken und den „berechtigten Volkszorn“ zu beleben, wurden ab 1944 vermehrt Befehle und Anordnungen erteilt, die den gewünschten Erfolg erzielen sollten. So wurde insbesondere den lokalen Vertretern der NSDAP, den Angehörigen von Kriminalpolizei und Gestapo vermittelt, es wäre nicht notwendig einzugreifen, sollte die Bevölkerung Selbstjustiz an alliierten Piloten verüben. Dies widersprach geltendem Recht, hatte das Deutsche Reich doch die Haager Landkriegsordnung von 1907 genau wie das Genfer Abkommen zur Behandlung von Kriegsgefangenen von 1929 unterzeichnet, dass die Tötung von Kriegsgefangenen verbot.



In einer Studie zu Fliegermorden kommt die Historikerin Barbara Grimm daher zu der Einschätzung: „Die Übergriffe auf abgestürzte alliierte Flieger waren im Regelfall keine Racheakte für unmittelbar vorangegangene Bombenangriffe. Aufgestachelt durch die Vergeltungspropaganda des Regimes dienten die Angriffe letztlich vor allem als willkommene Anlässe, um der wachsenden Brutalisierung und Radikalisierung ein Ventil zu geben. Täter waren in der Regel nationalsozialistische Funktionsträger, die keine Scheu davor hatten, selbst Hand anzulegen. Der Lynchmord im Sinne sich selbstmobilisierender Kommunen und Stadtviertel war dagegen die Ausnahme.“

Die Anzahl der Morde an alliierten Fliegern in Deutschland ist bisher nicht bekannt. Nachgewiesen sind 225 Fälle, die Gesamtzahl wird auf 350 geschätzt. Weitere 60 Flieger wurden misshandelt, ohne dabei zu Tode gekommen zu sein.

Auch in Hanau gab es von Amtsträgern befohlene Fliegermorde, die erst kürzlich nach Freigabe alliierter Gerichtsakten erforscht werden konnten.

Aufklärung der Verbrechen

Am 31. Juli und 1. August 1945 wurden die Leichen von zehn amerikanischen Fliegern aus einer Grabanlage des Hauptfriedhofs in Hanau von Captain Braaf, Pathologe beim U.S. War Crimes Investigation Team 6827, gefunden und exhumiert. Bei der Obduktion fand man bei drei Leichnamen Kopfwunden, die nicht von im Luftkampf verwendeter Munition stammen konnten. Weitere Untersuchungen bestätigten die Tat.

Untersuchungen und Verhöre führten bald zu den Tätern. Nach seiner Inhaftierung am 28. März 1945 beging der ehemalige Hanauer Polizeidirektor Hermann Fehrle am 15. Juli 1945 im Gerichtsgefängnis des St. Vinzenz-Krankenhauses Selbstmord. Der Kommissar bei der ehemaligen Sicherheitspolizei, Guggenberger und Polizeiarzt Dr. Fritz Hochapfel waren untergetaucht und wurden nie einer Strafe zugeführt.

Der ehemalige Hanauer Gestapo-Chef Adolf Weger wurde vor dem War Criminal Branch in Ludwigsburg wegen dreifachen Fliegermordes als Tatbeteiligter angeklagt. Nach acht Verhandlungstagen wurde er wegen erwiesener Schuld am 29. April 1946 zum Tod durch Erschießen verurteilt, von den US-Behörden später allerdings zu lebenslanger Zuchthausstrafe begnadigt.

Kriminal-Assistent Julius Schulze wurde in der gleichen Verhandlung zu 35 Jahren Zuchthaus verurteilt. Gestapo-Fahrer Karl Neuber erhielt als Tatbeteiligter am 17. Mai 1946 eine Zuchthausstrafe von 7 Jahren.

Über 150 Deutsche wurden nach 1945 von den Alliierten wegen Fliegermorden vor Gericht gestellt und hingerichtet. Viele Verbrechen blieben ungesühnt oder gar unentdeckt. Nach Gründung der Bundesrepublik Deutschland wurden die zu Zuchthaus Verurteilten in die Verantwortung der örtlichen Gerichtsbarkeit überstellt. Die meisten der Täter kamen bereits kurze Zeit wieder auf freien Fuß:

Karl Neuber, Mittäter – 7 Jahre Zuchthaus; war bereits 1950 wieder im Einwohner- Verzeichnis Hanau zu finden.

Julius Schulze, Mörder eines US-Fliegers – 35 Jahre Zuchthaus; seine Strafe wurde auf 25 Jahre reduziert und er konnte 1954 die Haft verlassen.

Adolf Weger, Mörder eines US-Fliegers – lebenslang Zuchthaus; seine Strafe wurde auf 30 Jahre reduziert, einige Monate später auf 27 Jahre, er wurde 1956 aus der Haft entlassen.



Von Hanau in den Krieg

Viele Männer wurden von Hanau aus an die Front geschickt. Diejenigen, die in den Kasernen stationiert wurden, ebenso jene, die hier einberufen wurden. Viele von ihnen wurden zunächst ausgebildet. Mit dem Kriegsbeginn im September 1939 ging es von Hanau aus an die Fronten des immer weiter ausgreifenden Krieges: Nach Polen, an die Westfront, Richtung Norden, nach Süden, bis nach Afrika usw.

Im Herbst 2019 erhielt Robert Neudecker, ein Mitglied des Heimat- und Geschichtsverein Klein-Auheim, eine Schachtel mit Fotografien. Es ist nicht bekannt, wer diese Fotos aufnahm, auch nicht, aus welchen Beweggründen. Und es ist auch nicht klar, wo sie verwandt wurden, ob Privat oder für Propaganda. Sie sind ein Beispiel für den Weg junger Männer aus Hanau in den Krieg und zeigen eine Gruppe junger Männer, die offenbar im Infanterieregiment 88 in Hanau stationiert waren. Vielleicht sind es Hanauer, vielleicht Klein-Auheimer, vielleicht kommen sie von einem anderen Ort. Die Bilder zeigen ihre Ausbildung, ihre Mitwirkung beim Winterhilfswerk (WHW) im Rahmen des „Tags der Wehrmacht“ am 18. und 19. März 1939 in Hanau, ihren Marsch Richtung Frankreich, den Weg durch Luxemburg, Belgien und quer durch Frankreich über Paris, Rouen bis nach Le Havre. Die Bilder zeigen die Anstrengungen, die Ablenkungen, aber auch die bitteren Momente, wie den Tod der Kameraden oder die Zerstörungen in den französischen Städten. Es finden sich auch Porträtfotos eines jungen Soldaten, bevor und nachdem er einen Kieferdurchschuss erlitt. Die Aufnahmen zeigen nicht den ganzen Krieg, nicht die gesamte Dauer, nicht das ganze Ausmaß, nicht auf der ganzen Welt. Aber sie zeigen einen Ausschnitt von dem, was junge Männer als Soldaten erlebten, wenn sie von Hanau aus in den Krieg geschickt wurden.

„Die Amis kommen!“

Hanau war seit den frühen Morgenstunden des 19. März 1945 weitgehend zerstört. Die deutsche Wehrmacht erklärte die weitgehend in Trümmern liegende Stadt zur „Festung“, da es als „Einfallstor ins Kinzigtal“ galt. Kampfkommandeur war Major Karl Schumacher. Sein Quartier befand sich im Landratsamt (heute Eugen-Kaiser-Straße). Den Verteidigungsbereich Süd leitete Major Reclam vom Keller der Brauerei Nicolay aus (heute Willy-Brandt-Straße).

Verteidigt werden sollte Hanau von Soldaten der Ausbildungs- und Stammtruppenteile, versprengten Einheiten und Fallschirmjägern, Rekruten, Unteroffiziers-Schülern, Ausbildern der Pioniere und der Infanterie, Bodenmannschaften des Fliegerhorst Langendiebach, dem „Volkssturm“, Wiedergenesenen aus den Lazaretten und Mitgliedern der Hitler-Jugend ohne besondere Kampfausbildung, zusammen von etwa 2.700 Mann. Für die Verteidigung gab es keine schweren Waffen mehr, keine gepanzerten Fahrzeuge und keine 8,8-Flak. Nur einige wenige Panzerabwehrkanonen, 2 cm Flak, automatische Waffen (MG, MPi, Sturmgewehre) und allgemeine Infanterie-Bewaffnung waren noch vorhanden.

Ihnen gegenüber standen Teile der 3. U.S.-Army unter der Führung von General George S. Patton (1885-1945). Er überquerte am 23. März 1945 den Rhein bei Oppenheim und zog über den Odenwald bis zur Untermainebene nach Aschaffenburg. Hier kam es am Palmsonntag, dem 25. März 1945, zu schweren Kämpfen.

Nachdem die US-Truppen in Erfahrung brachten, dass bei Großauheim die Mainbrücke noch intakt sei, wurde das Combat Command A, ein Kampftruppenverband der 4th Armored Division, bestehend aus Tanks, Artillerie, Infanterie und Pionieren, nach Klein-Auheim verlegt. Die GIs trafen dort am 25. März 1945 ein, fanden die Eisenbahn-Brücke aber zerstört und die Straßenbrücke beschädigt vor. Infanterie und Tanks gingen sofort gegen die Brücke vor, um einen Brückenkopf bei Großauheim zu bilden. Als die





US-Soldaten nach dem Überqueren der scheinbar ungeschützten Brücke nach Beschuss durch kleinere Kanonen, Infanterie und detonierende Minen erst zurückweichen mussten, gelang es einem Offizier mit GIs sich am nördlichen Ufer festzusetzen – der Brückenkopf hatte Fuß gefasst.

Gegen 20 Uhr erschien ein deutscher Zug mit vier größeren Flak-Kanonen. Daraufhin entwickelte sich ein starkes Feuergefecht. Die US-Truppen mussten sich bis zur Brücke zurückziehen. Die Position nördlich des Mains stand während der Nacht unter starkem deutschen Beschuss.

In den folgenden zwei Tagen wurden die US-Verbände von drei Regimentern der 26th Infantry Division (Yankee Division) verstärkt. Es gelang, in Großauheim mehrere Straßenzüge zu besetzen. Drei Gegenstöße deutscher Soldaten unter Führung von Oberleutnant Karl-Heinz Kurz von der Pionierschule Wolfgang brachten Verluste auf beiden Seiten, konnten aber abgewiesen werden. Dabei kam Kurz um. Mit seinem Tod brach der deutsche Widerstand an der Brücke am Main zusammen. In der Nacht vom 27. auf 28. März 1945 gingen die Amerikaner gegen Hanau vor. Nach kleineren Gefechten im Bereich des Hanauer Hauptbahnhofs drangen sie über die Ehrensäule in Richtung Innenstadt vor. Hier kam es noch einmal zu einer dramatischen Auseinandersetzung. Das 328th U.S. Infantry-Regiment rang in einem Häuserkampf gegen die deutschen Verteidiger um das zerstörte Hanau. Zeitweise war das Infanterie-Regiment eingekesselt, es drohte ihm gar die Vernichtung. Die in der Nacht bei Großauheim übergesetzten Sherman Tanks retteten schließlich die Situation.

Am frühen Morgen des 28. März 1945 endeten die Kampfhandlungen in Hanau.

Der Aufbau des Luftschutzes in Hanau

Der Hanauer Anzeiger titelte am 6. März 1933: „Hanaus Bedrohung in der Luft – Bombenangriffe können von Straßburg in 57 Minuten gegen Hanau ausgeführt werden – Luftschutz für Hanau dringend notwendig“. Wie die politische und wirtschaftliche Vorbereitung auf den Krieg, setzte auch die propagandistische und die konkrete Vorbereitung der Bevölkerung unmittelbar mit der Machtübertragung an die NSDAP ein. Bereits im Frühjahr 1933 wurde eine Geschäftsstelle des Reichsluftschutzbundes (RLB) in der Römerstraße 19 eröffnet. Der angesehene Fabrikant Dr. Wilhelm Heinrich Heraeus hatte die Leitung der Ortskreisgruppe Hanau-Gelnhausen übernommen. In enger Zusammenarbeit mit Kreisleiter, Landrat und Polizeidirektor Friedrich Löser, der auch für den Aufbau des Luftschutzes verantwortlich war, wurde eine großangelegte Werbekampagne begonnen.

Am 18. Dezember 1933 fand im Saal des Polizeikasinos in der Lamboystraße die Verpflichtung der ersten 80 Haus- und Blockwarte des Hanauer RLB statt. Um die Weihnachtszeit führte man die erste Entrümpelungsaktion der Hanauer Oberböden durch. Ein Jahr später wurden in allen größeren Betrieben und Behörden Werkschutzleiter und Werkschutzpersonal ausgebildet.

Im Juni 1935 wurde schließlich ein Luftschutzgesetz erlassen, auf dessen Basis es verstärkt zur Einrichtung von Luftschutzkellern und der Anbringung von Splitterschutz kam. Zwischen den eng aneinander gebauten Häusern der Innenstadt wurden Durchbrüche von einem Keller zum anderen angelegt und nur lose vermauert. So sollten zusätzliche Fluchtwege entstehen. Sie retteten später tatsächlich einigen Menschen das Leben.

Ab Juni 1937 wurde die Luftschutzdienstpflicht und die „Volksgasmaske“ (VM 37) mit großem Propagandaaufwand eingeführt. Ausgegeben wurde sie in der neu eingerichteten Geschäftsstelle des RLB am Paradeplatz gegen 5 RM. Der Absatz war wohl zunächst nur mäßig. Ab dem 1. Dezember 1938



wurde die Luftschutzpflicht erweitert. Die Bevölkerung konnte zur Teilnahme an „Selbstschutzlehrgängen“ verpflichtet werden. In jedem Haus mussten nun vorgeschriebene Luftschutzeinrichtungen vorhanden sein. Bereits seit 1936 wurden Verdunklungsübungen in der Stadt durchgeführt.

Die Formung der „Luftschutzgemeinschaft“

Bis zum Jahr 1939 traten fünfzehn Millionen Deutsche in den Reichsluftschutzbund ein, 1942 waren es zweiundzwanzig Millionen, also fast ein Viertel der Bevölkerung. Der Luftschutz war von Anfang an militärisch und nach „Führerprinzip“ strukturiert. 1933 formal als Verein von Hermann Göring gegründet, unterstand er ab 1935 der Luftwaffe. Ab 1940 wurde er in eine Körperschaft öffentlichen Rechts umgewandelt und 1944 als Unterorganisation in die NSDAP überführt. Bereits 1938 wurden zwölf Luftgaukommandos aufgestellt, die der Luftschutzführung eine Territorialstruktur gaben. Sie erlaubte, den Schutz vor Luftangriffen auf regionaler Ebene zu strukturieren. Die Luftgaukommandos waren für den gesamten aktiven und passiven Luftschutz zuständig, etwa Luftschutzwarndienst, Instandsetzungsarbeiten, ärztliche Hilfe, Entgiftung, Verdunklung, Tarnmaßnahmen und Brandschutz. Auch hier war die Umsetzung vor Ort meist nicht eindeutig geregelt, da es konkurrierende Interessen um die Zuständigkeiten zwischen Verwaltung, Partei, SS und Luftwaffe gab.

Für den Charakter des Luftschutzes war entscheidend, dass er als „Selbstschutz“ deklariert und propagiert wurde. Gesetzlich wurde dies 1937 in einem „Selbstschutzgesetz“ geregelt. Propagandistisch ging es darum, die Menschen durch Kampagnen und Schulungen in eine „Luftschutzgemeinschaft“ zu verwandeln, die im Ernstfall dazu in der Lage sein würde, wesentliche Aufgaben zu übernehmen. Die „Volksgemeinschaft“ wurde dabei konsequent weitergedacht, da auch in der „Luftschutzgemeinschaft“ nur jene teilhaben durften, die dazugehörten. Juden oder Zwangsarbeitern war etwa der Zugang zu öffentlichen Schutzräumen untersagt.

Im Rahmen des Luftschutzes wurden somit wichtige Aufgaben des Schutzes und der Versorgung der Bevölkerung auf die Bevölkerung verlagert. Dies war aus zwei Gründen ein zentrales Anliegen des NS-Regimes: Zum einen war klar, dass durch die Kriegführung im Ausland zu wenig Männer vorhanden sein würden, um die Verteidigung sowie die Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern zu übernehmen. Zumal ein Luftkrieg mehr als wahrscheinlich auch die deutschen Städte treffen würde. Die Menschen, insbesondere Frauen, vor Ort mussten also in festen paramilitärischen Strukturen eingebunden werden. Zum anderen war die Beobachtung der Stimmung und Moral in der Bevölkerung von Anfang an eines der Schlüsselemente nationalsozialistischer Herrschaft, um ein „erneutes“ Zusammenbrechen der Heimatfront zu verhindern. So waren ganz „normale Menschen“ dazu aufgerufen, außergewöhnliche Heldentaten zu vollbringen.

Leben im „totalen Krieg“

Der Kriegsverlauf beeinflusste auch entscheidend die Situation an der „Heimatfront“. So schlug die Art, wie der Krieg vom Deutschen Reich in die Welt getragen wurde, schließlich auf es selbst zurück. Der „totale Krieg“ im militärischen Sinne, als die Verknüpfung unterschiedlicher Waffensysteme unter Missachtung internationaler Konventionen und mit dem Ziel der vollumfänglichen politischen und militärischen Unterwerfung des Gegners, kehrte sich als Flächenbombardement auf deutsche Städte um.





Der „totale Krieg“ wurde aber auch in einer Eskalationsspirale im Innern zugleich mit und gegen die eigene Bevölkerung geführt. So fand eine vollständige Mobilisierung aller Menschen und Ressourcen für die propagierten Kriegsziele statt. Diese ging einher mit einer vollkommenen Kontrolle der öffentlichen Meinung, wenn nötig bis zur Tötung der eigenen Bevölkerung.

Als drittes Element wurde im Innern und in den besetzten Gebieten ein Vernichtungskrieg geführt: An Schreibtischen geplant und organisiert, von NS-Verbänden, von Teilen der Wehrmacht und mit Hilfe eines industriell organisierten Massenmordes an Juden, Sinti und Roma, politischen Gegnern und allen außerhalb der definierten „Volksgemeinschaft“ stehenden Menschen umgesetzt.

Einem auf solche Art geführten Krieg konnte sich niemand entziehen. Er erstreckte sich bis in die Fabriken, Büros, Wohnzimmer oder Keller der Stadt. Er endete mit der fast vollständigen Zerstörung der Hanauer Kernstadt und vielen tausend Toten. Für Hanau waren dies nach heutigem Kenntnisstand 2767 Gefallene und Vermisste, 2678 Bombenopfer und Kriegstote, darunter 431 Fremd- und Zwangsarbeiter, 230 jüdische Kinder, Frauen und Männer sowie zahlreiche Sinti und Roma und auf Basis der „Erbgesundheitsgesetze“ ermordete Menschen, die im Zweiten Weltkrieg umkamen. Für Hanau waren dies etwa 6.000 Menschen, was einem Anteil von rund 14 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht.

RAUM 3

Leben im Krieg

Der Zweite Weltkrieg tritt uns heute meist in schwarz-weißen Foto- oder Filmaufnahmen entgegen. In den allermeisten Fällen sind darauf Trümmer, Zerstörungen und Leid zu sehen. Doch der Krieg dauerte sechs Jahre. Was bedeutete Leben im Krieg in Hanau zwischen 1939 und 1945? Wie verbrachten die Menschen in Hanau die Tage und Nächte?

In seiner ersten Phase, der Zeit der schnellen Eroberungen und Siege, verlief der Krieg für die meisten Menschen in den deutschen Städten ruhig und geordnet. Nur wenige Verletzte und Gefallene trübten die positive Grundstimmung. Die Ernährung konnte bis zum Kriegsende gesichert werden, auch und vor allem auf Kosten der ausgegrenzten und ausgebeuteten Menschen im eigenen Land sowie in den besetzten Ländern. Das Leben lief für die Mehrheit bis auf Einschränkungen durch den Luftschutz, gewisse Versorgungsengpässe oder die Einberufung von Familienmitgliedern bis zu den erheblichen Zerstörungen Ende 1944 relativ normal weiter. Es gab propagandistisch gesteuerte Unterhaltungen, man las Bücher und trieb Sport. Eine große Zahl engagierte sich in den bestehenden Vereinen oder den nationalsozialistischen Organisationen wie der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV), dem Reichsluftschutzbund (RLB), der NS-Frauenschaft oder anderen Parteiorganisationen. Das gesellschaftliche Leben wanderte nicht nur ins Private ab.

In dieser ganzen Zeit gab es in Hanau Menschen, die runde Geburtstage feierten, heirateten, ihr erstes Kind bekamen, sportliche Erfolge erzielten oder andere unvergessliche schöne Momente ihres Lebens hatten – viele waren jung. Es gab aber auch hier in Hanau Menschen, denen unermessliches Leid geschah, die stigmatisiert, ausgegrenzt, verfolgt und ermordet wurden – viele von ihnen waren jung.

Von den Menschen und Vorgängen in Hanau während dieser Zeit wissen wir schon Vieles. Das meiste wissen wir über die Zerstörungen ab Ende 1944. Wir wissen schon von den aus rassistischen oder politischen Gründen Verfolgten und Ermordeten. Aber vieles wissen wir auch nicht. Anhand einiger Beispiele sollen hier Einblicke in den Alltag der Menschen gegeben werden. Von den Dingen, die für die





Mehrheit offensichtlich waren und von denen, die zu sehen waren, wenn genauer hingesehen wurde. Dabei spielte die eigene Perspektive im Erleben und im späteren Erinnern eine wesentliche Rolle. Es wäre noch viel mehr zu erzählen. So kann das Gezeigte nur ein kleiner Ausschnitt sein und vermag vielleicht anzuregen, den Geschichten weiter nachzugehen.

Propaganda

Eines der zentralen Herrschaftselemente schon seit der „Kampfzeit“ der NSDAP war die Propaganda. Das Ziel formulierte der in der Partei zuständige Joseph Goebbels bereits 1933 mit der Errichtung des „Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda“ vor der Presse: „Das Volk soll anfangen, einheitlich zu denken, einheitlich zu reagieren...“ Zur Erreichung dieses Ziels brachte das totalitäre NS-Regime sämtliche Informationsmedien unter seine Kontrolle. Es errichtete ein System der engmaschigen Kontrolle, zum Beispiel über die Ernennung von Luftschutzwarten, die zugleich Parteifunktionen wahrnahmen und an die Partei zu melden hatten. Insbesondere die Stimmung in der Bevölkerung wurde zu jeder Zeit sehr genau beobachtet, die damit einhergehende Verfolgung steigerte sich spätestens seit den ersten militärischen Niederlagen immer mehr.

Bei jeder Betrachtung dieser Zeit spielt deshalb die Auslotung von Propaganda und Wahrnehmung eine wichtige Rolle. Nicht jede griffige Parole wurde geglaubt, aber die Überwachung wie die stete Wiederholung zeigten doch zumindest im Unterbewusstsein ihre Wirkung. Es wurde oft geglaubt, was geglaubt werden sollte, sei es aus Angst, Hoffnung, Gleichgültigkeit oder Resignation. An vielen Begriffen des nationalsozialistischen Vokabulars lässt sich dies sehr deutlich aufzeigen, wie „Endsieg“. Darunter wurde der endgültige, in einer unbestimmten Zukunft liegende Sieg über die Alliierten verstanden, der bis unmittelbar vor der bedingungslosen Kapitulation bekenntnisartig eingeschärft und von einer unbedingten Gefolgschaft gegenüber dem „Führer“ abhängig gemacht wurde. Auch in Todesanzeigen oder in privater Korrespondenz findet sich der „Glaube an den Endsieg“ als sehr häufig gebrauchte Redeformel, mitunter vielleicht auch ironisch zu verstehen. Dies konnte jedoch besonders in den Jahren zwischen 1942 und 1945 als „Wehrkraftzersetzung“ mit dem Tode bestraft werden. Die Verurteilten waren häufig Opfer von Denunziationen aus dem Kollegen- und Bekanntenkreis.

An zahlreichen Beispielen kann verdeutlicht werden, wie genau die nationalsozialistischen Sprachregelungen über die gelenkten Medien eingehalten wurden, um die Menschen zu einem „einheitlichen Denken“ zu führen. In den Anweisungen des Reichsministeriums wird bis auf den Wortgebrauch genau festgelegt, welche Dinge wie zu bezeichnen sind: Im September 1939 bereits, dass das Wort „tapfer“ nur für deutsche Soldaten zu verwenden sei. Später dann das Wort „Terrorangriffe“ für die alliierte Bombardierung der eigenen Städte, während die Luftangriffe Deutschlands stets „Vergeltungsschläge“ waren.

Der massiven Beeinflussung der öffentlichen Meinung sowie der gewaltsamen Unterdrückung und Verfolgung abweichender Meinungen war nur wenig entgegenzusetzen. Der alliierte Versuch, die Bevölkerung über Flugblätter aufzuklären und zum Widerstand zu bewegen, hatte demgegenüber nicht genügend Kraft. Auch wenn er vereinzelt vielleicht Hoffnung weckte.



Einberufung

Mit dem Gesetz für den Aufbau der Wehrmacht von 1935 wurde die allgemeine Wehrpflicht im Deutschen Reich wiedereingeführt. Ein Jahr später wurde die Dienstzeit auf zwei Jahre ausgeweitet. Einberufen wurden zunächst die Jahrgänge 1914 bis 1917. Zwischen diesen und den noch im Ersten Weltkrieg ausgebildeten Jahrgängen bis 1900 lagen die so genannten „weißen Jahrgänge“, die während der Weimarer Republik keine militärische Ausbildung erhielten. Um auch diese Jahrgänge einer Grundausbildung zu unterziehen, wurden „Ergänzungseinheiten“ aufgestellt. In ihnen erhielten die „weißen Jahrgänge“ eine zwei-, später dreimonatige Kurzausbildung.

Bereits ab 1937 wurden die gesamten Jahrgänge 1915 und 1916 sowie im Jahr 1938 der Jahrgang 1917 und 1939 die weiteren Jahrgänge 1913, 1914, 1918 und 1919 komplett eingezogen. So standen zum Beginn des Krieges im Herbst 1939 zusammen mit Teilen weiterer Jahrgänge bereits über 4,5 Millionen Männer unter Waffen. Ein Jahr später hatte sich die Zahl bereits fast verdoppelt.

Insgesamt waren zwischen 1937 und 1945 rund 17 Millionen Männer oder Jugendliche zeitweise oder während der gesamten Zeit zur Wehrmacht einberufen. Das waren etwa 65 Prozent aller Männer bzw. männlichen Jugendlichen der Jahrgänge zwischen 1883 und 1929. Sie kämpften in Heer, Kriegsmarine und Luftwaffe an den vielen Fronten des Zweiten Weltkriegs oder waren zum Teil in den Vernichtungskrieg im Osten einbezogen. Etwa 4,5 Millionen von ihnen sind gefallen, ungezählte wurden fürs Leben gezeichnet oder gerieten in zum Teil langjährige Gefangenschaft. Sie alle mussten ihr Leben mit den Erfahrungen des Kriegsdienstes leben.

Freizeit

Als sich die deutschen Truppen 1940 auf ihrem Siegeszug durch Westeuropa befanden, sang Marika Röck daheim „Für eine Nacht voller Seligkeit“, Hans Albers wollte „Einmal noch nach Bombay“ und Zarah Leander wusste „Er heißt Waldemar“. Auf der anderen Seite des Atlantik

hingegen begeisterte Glenn Miller & his Orchestra die Massen mit „In The Mood“, ein Stück, das im Deutschen Reich zu dieser Zeit nur unter großen Schwierigkeiten zu hören war. So sammelten sich in den Großstädten im weiteren Kriegsverlauf Jugendliche im Zeichen des Swing, um ihre Distanz zu den herrschenden Verhältnissen auszudrücken. Wirklich verboten war das Tanzen und damit auch das Swing-Tanzen aber erst nach der Niederlage von Stalingrad im Februar 1943. Bis dahin konnte in den meisten Städten noch weitgehend den zu dieser Zeit üblichen Freizeitbeschäftigungen nachgegangen werden: Es gab Theater, Musik, Tanzveranstaltungen, Lokale, Vereine, Volksfeste und vieles mehr, häufig unter der Ägide einer nationalsozialistischen Organisation.

Auch in Hanau trafen sich die Menschen bis ins Jahr 1944 noch auf Fußballplätzen, in den Fluss-Badeanstalten, im Stadttheater, bei Konzerten oder im Rahmen ihrer Vereine. Das öffentliche Leben konnte weitgehend aufrechterhalten werden. Dabei war nicht alles reglementiert und gelenkt. Gerade im Bereich der Freizeit ermöglichte das NS-Regime der „Volksgemeinschaft“ ihre kleinen Alltagsfluchten. Dieses Gefühl „unpolitischer Räume“ verstärkte zugleich die Bereitschaft, das im Krieg immer gewaltvollere Kontrollsystem von Staat und Parteiorganisationen mit zu tragen. Zumal über die Einbindung der Freizeit in übergeordnete Organisationen und Propagandakampagnen das Regime wieder seinen Einfluss geltend machte.





So wurde der Spielplan im Hanauer Stadttheater zwar eigenständig aufgestellt, es mussten jedoch auch politisch gewollte Stücke gespielt werden. Wie überall zogen sich die Intendanten dabei auf die unverfänglichen Klassiker zurück. Die Schauspieler und Intendanten mussten seit 1933 Mitglied in der Reichstheaterkammer sein, die eine von sieben Einzelkammern der Reichskulturkammer war. Für die Mitgliedschaft war ein „Ariernachweis“ notwendig, was der Grund für den Selbstmord der Hanauer Schauspielerin Alide Ballin gewesen sein soll.

Versorgung

Bereits wenige Tage vor dem deutschen Einmarsch in Polen erhielt die Hitler-Jugend in Hanau eine wichtige Aufgabe: Sie hatte den Auftrag, die mit Kriegsbeginn geltenden Marken für die planmäßige Versorgung der Bevölkerung zu verteilen. So wurde die Versorgung auf ein geplantes Bezugssystem umgestellt. Das Landgericht am Bangert wurde zum Ernährungsamt.

Die Versorgung der Bevölkerung während des Krieges war eines der zentralen Anliegen des NS-Regimes. Organisatorisch wurde die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt (NSV) in diese Zielsetzung als tragendes Element einbezogen. Bereits seit 1933 lag die Durchführung der Winterhilfswerke (WHW) sowie der in diesem Rahmen veranstaltete „Eintopfsonntag“ in den Händen der NSV.

War die NSV vor dem Krieg noch als tragende Säule der „Volksgemeinschaft“ und als Medium der „sozialen Verteilungsgerechtigkeit“ propagiert worden, so wurde sie im Krieg zum wichtigsten operativen Organ für die Organisation der „Heimatfront“. So wie der „Eintopfsonntag“ 1942 per Anweisung nun zum „Opfersonntag“ wurde, veränderte sich der Charakter der NSV zu einer „zivilen Wehrmachtsabteilung“. Zu den wichtigsten Aufgaben der NSV gehörte die Sicherstellung

der Versorgung der Bevölkerung mit Essen und Kleidung sowie im weiteren Kriegsverlauf auch die Organisation der Kinderlandverschickung, der Versorgung der Ausgebombten mit Wohnraum und Mobiliar sowie Gebrauchsgegenständen, aber auch der konkreten Unterstützung des „Selbstschutzes“ bei Luftangriffen.

Die zu verteilenden Dinge und Wohnungen stammten häufig aus dem Besitz der ab 1938 unter gewaltsamem und rechtlichem Druck Stück für Stück enteigneten jüdischen Bevölkerung im Deutschen Reich, aber auch in den besetzten Gebieten in West und Ost. Dieser als „Arisierung“ bezeichnete Prozess wurde im Zuge des Krieges immer mehr ausgeweitet. Mit den als „Evakuierung“ betitelten Deportationen ab 1941 wurden die auf dem Wege der Enteignung frei gewordenen Dinge und Wohnungen zur Verteilung an die „Volksgemeinschaft“ und später die „Ausgebombten“ freigegeben. Durch dieses von vielen tausend Mitarbeitern in Verwaltungen getragene System profitierten während des Krieges viele hunderttausend einfache deutsche Volksgenossen von der Entrechtung, Vertreibung und schließlich Ermordung der jüdischen Bevölkerung. Allein durch die „M-Aktion“ („M“ für Möbel) ab 1942 in Frankreich und den BeNeLux-Staaten, wurden 70.000 Wohnungen geflohener oder deportierter Juden ausgeräumt und den Bombengeschädigten im Deutschen Reich günstig zum Kauf angeboten. Auf diese Weise profitierte das Regime von zusätzlichen Einnahmen und die Bevölkerung durch vergünstigte Preise.



Sammlungen

Ob Wildkräuter, Lindenblüten, Metalle, Papier, Woll- und Pelzkleidung sowie Spielsachen, während des Krieges und auch schon zuvor wurde die Bevölkerung dazu angehalten, ihre Speicher und Keller zu räumen und an den allgemeinen Sammlungen teilzunehmen. Auf diesem Wege kamen einerseits nicht unerhebliche Werte zusammen, andererseits dienten die zahlreichen Sammlungen als Beschäftigung während des Krieges.

Als zentrale Organisation für diese Sammlungen diente die NSV. Sie koordinierte oder führte die großen Sammlungen durch und war gerade in den Anfangsjahren bemüht, die konfessionellen und freien Wohlfahrtsverbände ganz zu verdrängen. Die NSV hatte den Anspruch, alleinige Wohlfahrtsorganisation des Staates zu sein und war die Sammlungsbewegung des „Volksgemeinschaftsgedankens“. Für die Durchführung der Sammlungen wurde auch die Hitler-Jugend herangezogen, die das fehlende Personal der NSV auffüllte und zugleich den Gedanken der „Volksgemeinschaft“, den „Sozialismus der Tat“, durch eigenes Tun und zusätzliche propagandistische Aufbereitung vermittelt bekam.

Die Sammlungen dienten zugleich als gute Gelegenheit, um Kontrolle auszuüben: Ein Beispiel waren die über das Winterhilfswerk verteilten Anstecker, Spielsachen oder andere Kleinigkeiten. Nur wer gespendet hatte, bekam die entsprechenden Anstecker und konnte so durch das Tragen zeigen, dass er sich bereits beteiligt hatte. Zugleich konnten die Sammlerinnen und Sammler bis in die Wohnungen der Menschen hineinsehen und ihre Beobachtungen an die zuständigen Stellen weitergeben. Nicht wenige Fälle von Denunziationen sind auf diesem Wege zustande gekommen.

Erziehung

Die Erziehung der Jugend im nationalsozialistischen Sinne war ein zentrales Anliegen der NS-Führung. Mit dem 1. Dezember 1936 wurde die Hitler-Jugend zur Staatsjugend erklärt. Im März 1939 wurde die „Jugenddienstpflicht“ für alle Jugendlichen zwischen 10 und 18 Jahren und somit die Zwangsgliederschaft eingeführt. Die Mitgliederzahlen stiegen in diesem Jahr auf 8,7 Millionen an.

Zu Kriegsbeginn waren somit ab den Jahrgängen 1929 alle Kinder in den staatlichen Jugendorganisationen organisiert. Für die Jungen war dies von 10 bis 14 Jahren das Deutsche Jungvolk und von 14 bis 18 Jahren die Hitler-Jugend (HJ), für die Mädchen galt analog der Jungmädel-Bund (JM) und der Bund Deutscher Mädel (BDM). Für die 17 bis 21-jährigen Frauen kam ab 1938 auf freiwilliger Basis das BDM Werk „Glaube und Schönheit“ hinzu. Hier wurden die zukünftigen Rollen als Hausfrau und Mutter eingeübt.

Alle Jugendorganisationen standen unter dem Primat „Jugend wird von Jugend geführt“. Die Dienstpflicht war an mindestens zwei Tagen in der Woche abzuleisten, nur dann bestand auch die Pflicht, Uniform zu tragen. Die feierlichen Aufzüge, Propagandamärsche und Paraden, gemeinsame Fahrten und „Geländespiele“ sowie das Lagerleben ließen die vormilitärische Ausbildung der HJ für viele Jungen sehr attraktiv erscheinen. Ein wichtiger wöchentlicher Treffpunkt waren die sogenannten „Heimabende“. Hier wurden gemeinsam speziell für die Jugendlichen produzierte Propagandasendungen im Radio gehört. Über die HJ erfolgte die Vermittlung des nationalsozialistischen Wertesystems mit Gefolgschaftstreue, Kameradschaft, Pflichterfüllung und Willensstärke. Darüber hinaus diente sie der körperlichen Ertüchtigung und vormilitärischen Ausbildung.



Während des Krieges traten zu diesen Aufgaben Aufräumaktionen, Luftschutzdienste und die Hilfe bei den Kinderlandverschickungen. Der Zwangscharakter und die immer stärkere Vorbereitung auf den Dienst an der Waffe schufen während des Krieges ein wachsendes Potential an Jugendopposition.

Widerstand – Endsieg

Der massiv propagierte und gewaltsam durchgesetzte „Glaube an den Endsieg“ bildete die Grundlage der deutschen Gesellschaft in der Endphase des Krieges. Jeder geäußerte Zweifel konnte zu Denunziation und Verfolgung führen. Diese zugespitzte Situation bezieht sich aber vor allem auf die Zeit ab 1943. Die zunehmende Bombardierung der Städte und die näher rückenden alliierten Truppen steigerten die Aggressivität und Gewaltbereitschaft bei den Verantwortlichen vor Ort. Die Angst vor der ungezügelten Rache der Feinde wuchs. Zugleich wuchs der Wille zur Aufrechterhaltung der Moral an der Heimatfront in verkrampfte Parolen. Dieser Mischung aus Überlebenswillen, Angst vor Repressalien, zunehmender Gewaltbereitschaft und engmaschiger Kontrolle war nicht viel entgegenzusetzen. Insbesondere nach dem gescheiterten Attentat auf Hitler vom 20. Juli 1944 wuchs die Angst der Bevölkerung. In einer auf das Attentat folgenden, „Aktion Gitter“ genannten Verhaftungswelle wurden auch in Hanau bereits zu Beginn des Regimes inhaftierte politische Gegner erneut von der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) verhaftet. Darunter der frühere SPD-Landtagsabgeordnete Karl Rehbein, der ehemalige SPD-Landrat Eugen Kaiser und der frühere „Volksstimme“-Redakteur Hans Kargl sowie weitere Sozialdemokraten. Sie alle wurden in die Konzentrationslager Buchenwald und Dachau verschleppt. Während Rehbein und Kargl überlebten, verstarb Eugen Kaiser am 4. April 1945 in Dachau, wahrscheinlich an Hunger und Entkräftung.

Die Forschung beschäftigt bis heute die Frage, warum die Menschen unter der zunehmenden Bedrohung von außen und innen nicht Widerstand leisteten. Während des Krieges und vor allem zu seinem Ende hin wurde dies immer unwahrscheinlicher. Wenn überhaupt, so wären in den Anfangsjahren noch Möglichkeiten eines wirksamen Widerstands gewesen. Wolfgang Benz fasste die Situation 2018 so zusammen: „Die Geschichte des ‚Dritten Reiches‘ ist notwendigerweise aber auch und vor allem eine Geschichte der Mehrheit, die sich (oft gegen besseres Wissen) bis zum bitteren Ende anpasste und mitlief. Voraussetzung für Widerstand ist das Bewusstsein für das Unrecht, für die Verbrechen, die im Namen von Ideologie und Staatsräson begangen werden. Dieses Bewusstsein fehlte weithin in der deutschen Bevölkerung, als Hitler mit ihrer Zustimmung, getragen von der Begeisterung zu vieler, die Macht ausübte. Dass die oppositionelle Minderheit dagegen keine Chance hatte – darin liegen Größe und Scheitern des deutschen Widerstands.“

Ausbeutung – „Wirtschaftswunder“

Das auf eine kriegsrische Eroberungspolitik ausgerichtete nationalsozialistische Wirtschaftssystem erforderte ein enorm hohes Arbeitskräftepotential. Dieses konnte mit Kriegsbeginn immer weniger aus der eigenen Bevölkerung gedeckt werden. Auch wenn vom Schulkind bis zur Mutter alle verfügbaren Arbeitskräfte und Hilfsdienste eingefordert wurden, hätten viele Arbeitsstellen in Land- und Kriegswirtschaft unbesetzt bleiben müssen.

So wurden zunächst Arbeitskräfte in Polen, später in den west- und osteuropäischen Ländern angeworben. In Werbekampagnen wurden Fremdarbeiterinnen und Fremdarbeiter gesucht. Es ist jedoch fraglich, ob von Freiwilligkeit gesprochen werden kann, wenn hinter der Zustimmung ein direkter





oder indirekter Druck stand. Sicher ist jedoch, dass mit zunehmender Kriegsdauer keine freiwilligen Arbeitskräfte aus anderen Ländern mehr in der deutschen Wirtschaft tätig waren. Neben Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern aus den besetzten Ländern wurden Kriegsgefangene zur Arbeit gezwungen. Darüber hinaus wurden Häftlinge aus Konzentrationslagern im Rahmen der „Vernichtung durch Arbeit“ für die Zwecke der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft bis in den Tod ausgebeutet.

Die überwiegende Mehrheit dieser Menschen wurde in Lagern eingesperrt, in denen oft miserable hygienische Zustände und eine generelle Unterversorgung herrschten. Bei Luftangriffen hatten sie kaum Schutz, gerade in Hanau starben deshalb zahlreiche Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter.

Für die Aufrechterhaltung der militärischen Stärke sowie die Versorgung und damit Befriedung der Heimatfront wurden ganz Europa und seine Bevölkerung ausgebeutet. Auch in Hanau waren in etwa 38 Lagern rund 10.000 Menschen, überwiegend aus Osteuropa als Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter interniert. Sie arbeiteten in den großen Fabriken und kleinen Betrieben, der Landwirtschaft, aber auch im Handwerk oder in privaten Haushalten im Kreis Hanau. Das „Wirtschaftswunder“, das hinter den enormen Produktionszahlen der deutschen Kriegswirtschaft stand, sowie die kontinuierliche Aufrechterhaltung einer guten Grundversorgung für die deutsche Bevölkerung konnten nur auf dem Rücken der vielen Millionen ausgebeuteten Menschen erreicht werden.

Entrechtung – Vorurteile

Mit Kriegsbeginn wurden die gesetzlichen Einschränkungen und die gewaltsame Verfolgung der jüdischen Bevölkerung weiter ausgeweitet. Ab 1. September 1939 galt für sie eine Ausgangssperre ab 20 Uhr, ab 15.9.1941 war sie verpflichtet, einen gelben sogenannten „Judenstern“ sichtbar an ihrer Kleidung zu tragen. Ab Oktober 1941 benötigte sie eine Genehmigung zum Verlassen ihrer Wohnung und zur Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel. Es war ihr verboten, Tageszeitungen und Radios zu besitzen oder öffentliche Fernsprechapparate zu nutzen. Sie erhielt wesentlich geringe Versorgungsmengen und konnten sich nur schlecht ernähren und versorgen. Die Zahl der jüdischen Einwohnerinnen und Einwohner war in Hanau von 630 im Jahr 1933 durch die massive Entrechtung und fiskalische Ausplünderung bis 1938 auf 92 erwachsene Juden gesunken. Nach den Pogromen von 1938 und den anschließenden Drangsalierungen gegen Eigentum und Leben waren im Juni 1940 nur noch 45 Personen aus 15 Familien in Hanau ansässig. Einige waren ausgewandert, viele hatten ihren Wohnsitz in die Großstadt Frankfurt verlegt. Am 7. September 1942 wurden die meisten von ihnen, Kinder, Frauen und Männer, vom Hanauer Hauptbahnhof aus in Konzentrationslager deportiert. Die offizielle Sprachregelung hierfür war „Evakuierung“. Am 18. Februar 1945 wurden schließlich auch Jüdinnen und Juden aus sogenannten „Mischehen“ nach Theresienstadt deportiert. Nach heutigem Kenntnisstand wurden 229 jüdische Kinder, Frauen und Männer aus Hanau ermordet.

Eine weitere Gruppe der vom nationalsozialistischen Regime systematisch entrechteten, verfolgten und ermordeten Menschen waren Sinti und Roma. Auch ihre Verfolgung konnte sich auf eine lange „rassentheoretische“ Vorgeschichte stützen, die in sogenannte „Zigeunerparteien“ einfluss. Mit den „Nürnberger Gesetzen“ zum „Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ von 1935 begann auch in Hanau eine Eskalationsspirale, die sich in öffentlicher Hetze gegen die sogenannte „Zigeunerplage“ äußerte. Mit dem Krieg wurden Listen der in Stadt und Landkreis Hanau ansässigen Roma- und Sinti-Familien mit dem Ziel der Deportation angelegt. In den Listen des „Zigeunerlagers“ von



Auschwitz-Birkenau finden sich zahlreiche Hanauer Familienangehörige, vor allem Kindern, das jüngste wurde am 16. Juni 1941 in Hanau geboren.

Ermorden – Einsparen

Im Jahr 1920 erschien eine Schrift mit dem Titel „Die Freigabe der Vernichtung unwerten Lebens. Ihr Maß und ihre Form“ des Juristen Karl Binding und des Psychologen Alfred Erich Hoche. In den Ausführungen wird detailliert dargestellt, welche Menschen aus welchen Gründen gezielt getötet werden dürften, sei es, weil sie eine volkswirtschaftliche Belastung darstellten, sei es, weil Ihnen abgesprochen wurde, ein lebenswertes Dasein zu führen.

Mit dieser Schrift stehen die Autoren in einer Reihe von Juristen, Medizinerinnen oder volkswirtschaftlich argumentierenden Menschen, die seit Mitte des 19. Jahrhunderts sozialdarwinistische oder „rassenhygienische“ Theorien entwarfen. Auf diesen Grundlagen wurde unter nationalsozialistischer Herrschaft ein Vernichtungssystem begründet, dem nicht nur Kranke, sondern auch als Kranke definierte Menschen zum Opfer fielen. Das nationalsozialistische Vernichtungsprogramm wurde unter dem Begriff „Euthanasie“, der ursprünglicher einen leichten und schönen Tod bezeichnet, zusammengefasst.

Allein aufgrund des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ von 1934 wurden in Deutschland etwa 400.000 Menschen zwangssterilisiert. Mit dem Beginn des Krieges erfolgten dann auch gezielte Tötungen, unter anderem in der „Aktion T4“. Durch sie verloren mehr als 200.000 Menschen ihr Leben. In den Gaskammern der ehemaligen Heilanstalten, wie in Hadamar in der Nähe von Limburg, wurden zwischen Januar 1940 und August 1941 70.000 Menschen ermordet. Allein aus Hessen fielen dem nationalsozialistischen Vernichtungsprogramm etwa 20.000 Männer, Frauen und Kinder zum Opfer. Auch nach den öffentlichen, vor allem kirchlichen Protesten, und dem offiziellen Ende der Aktion „T4“ fanden weiter gezielte Tötungen statt.

Bislang konnten allein auf den Todeslisten in Hadamar 30 namentlich bekannte Opfer identifiziert werden, die entweder in Hanau geboren oder von Hanau nach Hadamar gebracht worden waren. Es wird geschätzt, dass dies etwa ein Drittel der wahrscheinlichen Opfer darstellt. Zu diesen Menschen kommen die in anderen Anstalten, aber auch in örtlichen Krankenhäusern durch Spritzen in „wilder Euthanasie“ ermordeten Menschen. Die Opfer wurden als „geisteskrank“ diagnostiziert, litten medizinisch gesehen an ganz unterschiedlichen Symptomen oder Krankheiten wie Depressionen, Front-Traumata oder Epilepsie. Zum Ende des Krieges wurden vermehrt auch kranke Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in die „Heilanstalten“ überstellt und durch zu geringe Essenszufuhr oder Spritzen ermordet. Aus Hanau fanden so 24 Menschen den Tod.

RAUM 4

Der 19. März – Mahnen, Gedenken, Erinnern, Auseinandersetzen

Die städtische Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg ist bis heute bestimmt von den massiven Zerstörungen der letzten Kriegsmonate. Der 19. März 1945, der Tag, an dem die Kernstadt fast vollständig zerstört wurde, ist der zentrale öffentliche Gedenktag der Stadt Hanau.

Dennoch veränderte sich die Art und Weise des Gedenkens und Erinnerns in den letzten 75 Jahren stetig. Das öffentliche Interesse an der eigenen Geschichte entsprang dabei stets dem Wunsch nach einer





Einordnung der Gegenwart sowie einer positiven Zukunftsperspektive. So veränderten sich Gedenken und Erinnern mit den Generationen und passten sich ein in die Erkenntnisse und Erfordernisse der jeweiligen Zeit.

Die Veränderungen in dieser Erinnerungskultur lassen sich für viele deutsche Städte feststellen und in fünf Phasen gliedern. Für Hanau liegen noch keine detaillierten Untersuchungen zur Entwicklung der Erinnerungskultur vor, so dass eine abschließende Einordnung nicht stattfinden kann. Es liegt jedoch nahe, dass auch in Hanau die bekannten Umbrüche festzustellen sind.

Als erste große öffentliche Gedenkveranstaltung kann die Einweihung des Mahnmals „Wo das Recht gebrochen wird, stirbt die Freiheit“ von Otto Crass in der Martin-Luther-Anlage sowie des wieder aufgebauten Deutschen Goldschmiedehauses am 19. März 1958 angesehen werden. Gemeinsam mit dem in diesem Jahr erstmals veranstalteten „Bürgerfest“ kommunizierte die Stadt mit Oberbürgermeister Heinrich Fischer (1895-1973) einen Dreiklang des Gedenkens und Erinnerns: Mahnung an die Geschehnisse, Anerkennung und Würdigung der Verdienste um den Wiederaufbau sowie Aufruf zu Versöhnung. In dieser ersten erinnerungskulturellen Phase wurde die Gedenkkultur etabliert. Dokumentiert findet sich dies unter anderem in einer kleinen Publikation zum 19. März 1958, die unter dem Wortpaar „Besinnung und Ausblick“ steht.

Der zweite große Abschnitt in der Gedenkkultur lässt sich mit der Publikation vom 19. März 1968 belegen. Sie gleicht einer Leistungsschau der enormen Wiederaufbauleistungen und geht nur am Rande auf die Ereignisse vor 1945 ein. Sie ist überschrieben mit den Worten „Hanau... 20 Jahre danach“. In der Forschung wird diese Phase als „Erinnern nach bewährten Mustern“ beschrieben. Sie endet mit der Friedensbewegung ab etwa 1980. Neue Impulse in der historischen Forschung des In- und Auslandes, die Hinwendung zum Beispiel zu sozialgeschichtlichen Themen oder der „Oral History“ bringen neue Perspektiven auch in lokalgeschichtliche Betrachtungen der jüngeren Vergangenheit. Sie führten zu einem wahren „Erinnerungsboom“. In Hanau fanden diese Bestrebungen ihren Niederschlag in einem dreibändigen Werk von Gerhard Flämig zu „Hanau im Dritten Reich“. Diese Phase erstreckte sich bis zum Gedenkjahr 1995, das als erneuter erinnerungskultureller Bruch angesehen werden kann.

Im Jahr 1995 zeigte eine Doppelausstellung im Foyer des Neustädter Rathauses durch den Hanauer Geschichtsverein 1844 e.V. sowie im Schloss Philippsruhe durch das Historische Museum Hanau neueste Quellen und Erkenntnisse zur Geschichte rund um den 19. März, der auch hier als Titel und Ausgangspunkt die Darstellungen bestimmte. Sie markierten die sich auffächernde Auseinandersetzung mit der Zeit, die sich auch in der Initiierung verschiedener Gedenkstätten und Gedenktafeln in der Stadt niederschlug, etwa gegenüber der ehemaligen Synagoge in der Nordstraße.

Mit dem neuen Jahrtausend begann eine von starker Emotionalisierung geprägte Debatte über Bombardierungen und Vertreibung. Als zentrales Element dieser Phase wird der „Abschied von der Erlebnisgeneration“ gesehen. Wie können wir Erinnern in einer Zeit, wenn niemand uns mehr aus eigener Erfahrung davon berichten kann?

Diese Frage hat die hier gezeigte Ausstellung zum Ausgangspunkt genommen. Ziel ist die Erweiterung der Perspektive auf den Zweiten Weltkrieg vom „19. März“ hin zu einer multiperspektivischen Betrachtung der gesamten Kriegszeit, sogar bis in die europäischen Partnerstädte hinein und in Rückkopplung zur nächsten Generation derer, die sich zukünftig erinnern werden.



Hanauerinnen und Hanauer erinnern sich

(Hörstationen Telefonieren mit Zeitzeugen)

Es liegt nahe, eine Ausstellung mit dem Thema „Leben im Krieg“ mit den Berichten von Zeitzeugen anzureichern, welche die Bombardierung Hanaus in den Kriegsjahren aus eigener Anschauung kennen. Eine allgemeingültige, umfassende Darstellung des Themas können und wollen diese Zeugnisse nicht sein. Die Anschaulichkeit ihrer Darstellung erweitert jedoch unser Verständnis von Geschichte durch die Unmittelbarkeit des Erlebten. Zeitzeugenberichte sind von daher eine Bereicherung der Geschichtsforschung.

Zeitzeugenberichte erzählen Geschichte aus einer subjektiven Perspektive ohne Missachtung der historischen Fakten. Sie berichten von einem Alltagsleben, das in die großen Vorgänge der Zeit eingebunden ist, Vorgänge, denen man sich, wie in der Diktatur des NS-Staats, kaum entziehen kann.

Für die Ausstellung „Leben im Krieg“ fanden sich Personen der Jahrgänge 1922, 1924, 1926, 1932 und 1935 bereit, über die Auswirkungen des 2. Weltkrieges auf ihr Leben als Heranwachsende in Hanau bis zum Ende des Krieges 1945 zu sprechen. In dieser Zeit gingen die Zeitzeugen zur Schule, danach folgte ihre Verpflichtung zum Dienst an der Volksgemeinschaft, in der Regel im Reichsarbeitsdienst (RD) und in der Flugabwehr (Flak).

Alle Berichte beginnen mit der Beschreibung unbeschwerter früher Jahre; daran schließt sich die Zeit an, in der das eigene Leben zunächst allmählich, dann immer stärker von den Auswirkungen des Krieges geprägt wurde. In der Regel wurden die Zeitzeugen ab ihrem 10. Lebensjahr vom NS-System in Anspruch genommen. Mit 14 Jahren traten sie der Hitlerjugend bei, mit 18 Jahren wechselten sie zum Arbeitsdienst. Sie fügten sich der Reglementierung ihres Lebens durch den Staat, weil es alle um sie herum taten, und der staatliche Eingriff in ihre persönliche Sphäre ihnen als Normalität erschien. Darüber hinaus wollten sie nicht ausgeschlossen sein aus der Schar ihrer Alterskameraden. Bereits in der Schule lernten sie, dass jede Verweigerung gegenüber offiziellen Anordnungen bedrohliche Folgen haben konnte.

Trotz des genormten Verlaufs der Jugendjahre gelang es in seltenen Fällen, den Eintritt in die NS-Organisationen zu verhindern und die Dienstverpflichtungen zu unterlaufen, wie aus der Schilderung einer Zeitzeugin hervorgeht.

Wenngleich also die Normierung der Lebenswege die Regel war und die Zeitzeugenberichte somit typische Jugendbiographien der Kriegsjahre darstellen, so zeigte sich im Verlauf der Interviews, die alle als offene Gespräche geführt wurden, dass es bestimmte Ereignisse und Momente in der Erinnerung eines jeden gab, die einen besonderen Platz einnahmen. Sie beherrschten bei jedem von ihnen den Rückblick auf ihr Leben in jenen Jahren.

In der Präsentation der Zeitzeugenberichte werden diese Schwerpunkte als folgende Leitgedanken dem jeweiligen Bericht auch optisch vorangestellt:

- **Verschüttet**
- **Abitur im Kriegsjahr 1944**
- **Gelenkte Jugend**
- **Bomben, Tiefflieger und Hunger**
- **Glück gehabt**



Zusammengenommen vermitteln die fünf Berichte ein differenziertes Bild vom Leben Heranwachsender in den Jahren des Krieges. Neben Angst, Verlust und Entbehrungen, finden sich auch immer wieder Hinweise auf Lebenswillen, Überlebensstrategien und gelegentlich auf Nischen jugendlicher Lebensfreude.

Die Organisatoren danken den Zeitzeugen dafür, dass Sie bereit waren, ihre sehr persönlichen Erfahrungen zu teilen und zur Veranschaulichung auch Ausstellungstücke zur Verfügung zu stellen.

Die Interviews mit den Zeitzeugen wurden von Frau Dr. Alice Noll in Winter 2019/2020 geführt und für diese Ausstellung aufbereitet.

Gemeinsames Erinnern

75 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs werden die Menschen, die noch eigene Erinnerungen an die Zeit haben, stetig weniger. In den letzten zehn Jahren denken immer mehr Gedenkstätten, Museen, aber auch Schulen darüber nach, wie diese individuellen Perspektiven einerseits aufbewahrt und in der Pädagogik eingesetzt werden können. Andererseits wird nach neuen Wegen gesucht, persönliche Zugänge zum Thema zu schaffen, die auch losgelöst von „Zeitzeuginnen“ und „Zeitzeugen“ wirken. Einige Ideen hierfür liegen im Bereich digitaler Vermittlung über aufgezeichnete Interviews bis zu Hologrammen. Andere bemühen sich um neue erzählerische Zugänge zum Thema durch fiktionale bzw. konstruierte Biografien u.v.m.

Für die Sonderausstellung „Leben im Krieg“ wurde eine Herangehensweise gewählt, die viele unterschiedliche Perspektiven auf das Leben im Krieg ermöglicht. Auf diese Weise soll sowohl das Erinnern der Menschen, die während des Zweiten Weltkriegs in Hanau lebten, gesammelt und bewahrt werden, als auch weitere Erinnerungen oder Perspektiven mit einbezogen werden. Neben den „Zeitzeuginnen“ und „Zeitzeugen“ aus Hanau wurden daher auch Menschen in den europäischen Partnerstädten um ihre Erinnerungen gebeten. Auf diese Weise soll das Erinnern zu einer gesamteuropäischen Sicht erweitert werden, da der Krieg nicht nur hier, sondern auch in Europa und der ganzen Welt Folgen hatte.

Die in Hanau und seinen Partnerstädten für diesen Zweck ausgefüllten Fragebögen werden hier alle ausgestellt: aus Conflans-Sainte-Honorine (F), Dartford (GB), Francheville (F) und Jaroslawl (RUS). Blättern und lesen Sie gerne darin.

Es besteht für Sie auch die Möglichkeit einen eigenen Fragebogen auszufüllen. Gern können Sie sich hierfür in unser MuseumsLabor setzen.

Eine Kiste verbindet

Während des Zweiten Weltkriegs war der Sanitätsgefreite Clemens Rath aus Großauheim mit einem Eisenbahner-Regiment in Conflans-Sainte-Honorine in Frankreich stationiert. Er wurde auf dem Bauernhof des späteren Bürgermeisters, Eugène Berrurier, einquartiert. Berrurier selbst war zu dieser Zeit als Soldat eingezogen. Seine Ehefrau war mit den Kindern auf dem Lande. Die beiden Männer kannten sich also nicht, als sie am Tag der offiziellen Verschwisterungsfeier der Stadt Conflans mit Großauheim, dem 26.9.1965 erstmals aufeinandertrafen. Als Berrurier hörte, dass Rath auf seinem Bauernhof einquartiert war, soll er zum Schrecken der anderen ausgerufen haben „Dann kannst Du nur der salaud





(frz. Schimpfwort) sein, der meine Weinflaschen geköpft, aber nicht ausgetrunken hat.“ Nach einem kurzen Schreckmoment löste sich die Irritation in freudiges Kennenlernen auf. Auch die Kinder der beiden hatten später durch die Städtepartnerschaft Kontakt miteinander. Auf diese Weise erhielt man in Großauheim Kenntnis von einer Sanitätskiste, die Clemens Rath während seiner Einquartierung auf dem Hof der Familie Berrurier zurückgelassen hatte.

Es ist das Verdienst vieler engagierter Großauheimer, insbesondere von Hubert Wenzel und Dr. Manfred Greb, dass sich die Kiste mit ihrer Geschichte heute in Hanau-Großauheim befindet. Viele Familien aus beiden Orten haben sich seit den 1960er-Jahren besucht und Freundschaften fürs Leben geschlossen. So konnten persönliche Beziehungen die Gräben überbrücken, die zwei große Kriege zwischen Nachbarn gerissen hatten.

Fragen an die Geschichte

Um auch die Perspektive der heutigen Hanauer Jugend auf den Zweiten Weltkrieg mit in die Ausstellung und das gemeinsame Erinnern einzubeziehen, wurden im Vorfeld der Ausstellung Schülerinnen und Schüler an drei Hanauer Schulen gebeten einen Fragebogen auszufüllen. Über 500 Schülerinnen und Schüler der Lindenaus Schule, der Karl-Rehbein-Schule und der Hohen Landesschule haben uns die Fragebogen beantwortet. Ihre Antworten geben den Blick frei auf Perspektiven, die Kinder und Jugendliche zwischen 10 und 19 Jahren auf den Zweiten Weltkrieg haben. Sie zeigen, was sie interessiert, genauso wie das, was man die heute noch lebenden Menschen vielleicht noch fragen könnte.

Gern kannst Du oder können Sie sich an dieser Sammlung beteiligen, einen Bogen ausfüllen und an unsere Magnetwand anheften.

1. Weißt Du schon etwas über den Zweiten Weltkrieg?
2. Was würdest Du gerne wissen von der Zeit?
3. Was würdest Du einen Menschen fragen, der in der Zeit gelebt hat – in Hanau oder irgendwo sonst auf der Welt?



IMPRESSUM

„Leben im Krieg – Perspektiven auf Hanau im Zweiten Weltkrieg“

Kuratorin: Dr. Victoria Asschenfeldt

Co-Kuratorin und Gestaltung: Alexandra Streubel Dipl. Designerin, M.A.

Co-Kurator: Jens Arndt

Co-Kuratorin: Dr. Alice Noll

Museumspädagogische Programme: Katharina Völk M.A.

Öffentlichkeitsarbeit: Nina A. Schneider M.A.

Tonaufnahmen: united power fields Hanau

SprecherInnen: Barbara Bach, Werner Rech und Petra Giesel

Museumstechnik: Thomas Adamowicz und Mario Müller

Organisation: Lukas Weigand, Simona Hoffmann-Fortier, Martina Scheppert, Helga Peter, Sigfried Kroh

Druck: Plot.Com

Wir danken unseren Leihgebern:

Edeltrud Angert

Jens Arndt

Nora Fiedler

Dr. Manfred Greb

Ottmar Hörl

Hartmut Kitz

Sven Lange, 1. FC Hanau 93

Stefan Ommert

Lars Paetzold

Wolfgang Ruf, Radio-Museum Linsengericht

Lieselotte Schrön

Bohdan Semeniuk

Mina Vanvor

Wir danken für die Unterstützung und inhaltliche Zuarbeit:

Dipl. Pol. Martin Hoppe, Leiter Fachbereich Kultur, Stadtidentität und Internationale Beziehungen der Stadt Hanau

Hanauer Geschichtsverein 1844 e.V.

Cécile Berthet, Partnerschaftskomitee Conflans-Sainte-Honorine

Helmut Götze, Freundschaft mit Jaroslawl e.V.

Roland von Gottschalck, Medienzentrum Hanau / Bildarchiv

Dr. Manfred Greb

Dr. André Griemert, Hohe Landesschule

Walter Heck, Partnerschaftsverein Hanau e.V.

Stefan Loquai, Stadtarchiv Hanau

Robert Neudecker, Heimat- und Geschichtsverein Klein-Auheim e.V.





Lars Paetzold, Karl-Rehbein-Schule

Monika Rademacher, Stadtarchiv Hanau

Thomas Rost, Hamburg

Natalie Rudi, Freundschaft mit Jaroslawl e.V.

Sebastian Saliger, Lindenaus Schule

Christine Schilling, Koordination Internationale Beziehungen der Stadt Hanau

Martin Simmich, Partnerschaftskomitee Steinheim e.V.

Mike Still, Curator, Dartford Borough Museum

Dr. Hubert Wenzel, Partnerschaftsverein Großauheim e.V.

Allen Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, die in Hanau und den Partnerstädten ihre Erinnerungen beigesteuert haben

Allen Schülerinnen und Schülern, die unseren Fragebogen beantwortet haben

Wir danken für die Förderung:

Stiftung der Sparkasse Hanau

Kathinka-Platzhoff-Stiftung

Hanauer Geschichtsverein 1844 e.V.



BESUCHERINFORMATION

KONTAKT & ÖFFNUNGZEITEN

Historisches Museum Hanau Schloss Philippsruhe
Philippsruher Allee 45 / 63454 Hanau
Info-Telefon: 06181-295-1799 (Mo.-Fr. 8.00-13.00 Uhr)
E-Mail: museen@hanau.de
Di.–So. 11.00–18.00 Uhr

ANREISE

ÖPNV:
Deutsche Bahn, Bahnhof Hanau West, 10 min. Fußweg
Hanauer Straßenbahn GmbH, Buslinien 5 und 10
Buslinie MKK 23

Mit dem Fahrrad unterwegs:
Radweg R3 www.radroutenplaner.hessen.de

Parkmöglichkeiten:
Parkplatz vor dem Schloss Philippsruhe
Parkplätze Philippsruher Allee, Kastanienallee, Burgallee
Parkplatzareal am Ende des Schlossparks / Amphitheater

EINTRITT

Erwachsene 4,- €, Ermäßigt 3,- €,
Gruppeneintritt ab 10 Personen: 3,- €/Person
Schüler 1,- € Familien: 8,- €

BARRIEREFREIHEIT

Die Räume des Historischen Museums Hanau Schloss Philippsruhe sind bedingt barrierefrei. An der Museumskasse stehen Ihnen ein Leihrollstuhl oder auch mobile Sitzmöglichkeiten (im 1. OG) zur Verfügung. Im Foyer des Museums (EG) und im GrimmsMärchenReich (1. OG) befinden sich rollstuhlgerechte Toiletten mit einem Wickeltisch. Der Aufzug fährt alle drei Stockwerke an. Das Museumspersonal steht für die Benutzung des Aufzugs gerne zur Verfügung.

Aktuelle Informationen zur Ausstellung:
www.museen-hanau.de





PRESSEKONTAKTE

STÄDTISCHE MUSEEN HANAU

Nina A. Schneider M.A.

Leitung Vermittlung & Kommunikation
Historisches Museum Hanau Schloss Philippsruhe
Philippsruher Allee 45, 63454 Hanau
Telefon: 06181 / 295 1693 oder 295 1799
E-Mail: museen@hanau.de

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT DER STADT HANAU

Ute Wolf

Öffentlichkeitsarbeit, Pressestelle Beteiligungsholding
Am Markt 14 18, 63450 Hanau
Telefon: 06181 295 664
E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@hanau.de



FOTOAUSWAHL / DOWNLOAD/ MAILSERVICE:

Bitte melden Sie sich bei museen@hanau.de. Wir mailen Ihnen das gewünschte Bild gerne zu.



Bild 1: Schüler der Bezirksschule II üben Löscharbeiten mit der Handspritze im Rahmen der Aktion 'Schule im Kriegsdienst', Johanneskirchplatz, Juli 1943 (Medienzentrum Hanau, Bildarchiv)



Bild 2: Grüner Weg, Januar 1945 (Medienzentrum Hanau, Bildarchiv)



Bild 3: Sowjetische Zwangsarbeiterinnen kommen von der Arbeit im Hanauer Matra-Werk, April 1943 (Medienzentrum Hanau, Bildarchiv)



Bild 4: Abgeschossener US-Bomber am Kinzigheimer Weg im Hanauer Hafen, Januar 1945 (Medienzentrum Hanau, Bildarchiv)



Bild 5: Verpflichtung der Jahrgänge 1925/1926 der höheren und mittleren Schulen für den Kriegsdienst, Neustädter Marktplatz, Januar 1943 (Medienzentrum Hanau, Bildarchiv)